

Vorwahlenanalyse zur Bürgerschaftswahl in Bremen 2019



Prof. Dr. Lothar Probst (i.R.)
Ehemaliger Leiter des
Arbeitsbereich Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung
am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen

Adresse:

InIIS, Unicom/Mary-Somerville-Str. 7, 28359 Bremen

Tel. 0172 4077394

E-Mail: probst@uni-bremen.de

www.lotharprobst.de

Bremen, Anfang Mai 2019

Impressum

Vorwahlenanalyse zur Bürgerschaftswahl 2019

Prof. Dr. Lothar Probst (i.R.)

Institut für Politikwissenschaft (FB 8)

Universität Bremen

Verantwortlich:

Prof. Dr. Lothar Probst (i.R.)

Institut für Politikwissenschaft (FB 8)

Postfach 330440, 28334 Bremen

Erscheinungsdatum: 05/2019

Inhaltsverzeichnis

<u>VORBEMERKUNG</u>	<u>4</u>
<u>1. BESONDERHEITEN VON WAHLEN IN BREMEN</u>	<u>4</u>
<u>2. DAS WAHLSYSTEM</u>	<u>5</u>
<u>3. DIE WAHLBETEILIGUNG</u>	<u>7</u>
<u>4. DIE ENTWICKLUNG DES BREMER PARTEIENSYSTEMS</u>	<u>10</u>
<u>5. DIE ENTWICKLUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN, FINANZIELLEN UND SOZIALEN RAHMENBEDINGUNGEN SEIT DER LETZTEN BÜRGERSCHAFTSWAHL.....</u>	<u>11</u>
<u>6. DIE POLITISCHE AUSGANGSLAGE VOR DER WAHL</u>	<u>14</u>
<u>7. KOALITIONSOPTIONEN NACH DER WAHL</u>	<u>16</u>
<u>6. DIE PARTEIEN: SPITZENKANDIDAT*INNEN UND WAHLKAMPFSTRATEGIEN</u>	<u>20</u>
6.1 DIE SPD	20
6.2 DIE CDU	22
6.3 DIE GRÜNEN	24
6.4 DIE LINKE	25
6.5 DIE FDP	26
6.6 DIE AFD.....	27
6.7 BÜRGER IN WUT (BIW)	28
6.8 SONSTIGE PARTEIEN	29

Vorbemerkung

Die Bürgerschaftswahl in Bremen ist die einzige Landtagswahl in einem der westlichen Bundesländer in diesem Jahr. Außerdem fällt sie mit der Europawahl zusammen. Sie reiht sich in die Reihe der Testwahlen ein, die in diesem Jahr stattfinden und den Parteien Aufschluss über aktuelle politische Stimmungen in der Wählerschaft vermitteln. Auch wenn die Bürgerschaftswahl weniger wichtig erscheint als die kommenden drei Landtagswahlen in Ostdeutschland, ist ihr die öffentliche Aufmerksamkeit vor diesem Hintergrund sicher.

Im Unterschied zu den Bürgerschaftswahlen der Vorjahre kommt hinzu, dass dieses Mal der Ausgang sehr viel offener ist und sich im Vorfeld auf der Basis von Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPD und CDU abzeichnet. Auch die Frage, welche Koalition Bremen zukünftig regieren wird, ist nicht vorherzusehen.

Vor diesem Hintergrund werden in der folgenden Vorwahlenanalyse zunächst die Besonderheiten von Wahlen in Bremen und die Grundzüge des Wahlsystems umrissen, dann wird die Entwicklung der Wahlbeteiligung und des Bremer Parteiensystems skizziert. Es folgt ein kurzer Blick auf die Entwicklung der finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen seit der letzten Wahl, bevor die politische Ausgangslage und die möglichen Koalitionsoptionen vor der Wahl beschrieben werden. Abschließend geht die Analyse auf die Wahlkampfstrategie und die Spitzenkandidat*innen der einzelnen Parteien ein. Diese Vorwahlenanalyse ist nicht mit einer Prognose über den Wahlausgang zu verwechseln. Sie ist lediglich eine Beschreibung der Konstellationen im Vorfeld der Wahl.

1. Besonderheiten von Wahlen in Bremen

Wahlen im Bundesland Bremen weisen einige Besonderheiten auf:

- Es gilt das Prinzip der verbundenen Kommunal- und Landtagswahl. So entscheiden die im Wahlbereich Bremen abgegebenen Stimmen zugleich über die Zusammensetzung der Bremischen Stadtbürgerschaft, dem Kommunalparlament der Stadt Bremen. Dabei ist die Anzahl der Abgeordneten aus dem Wahlbereich Bremen in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) und in der Bremischen Stadtbürgerschaft identisch (69 Abgeordnete ab 2019). Seitdem 1995 das kommunale Wahlrecht für EU-Ausländer zur Bremischen Stadtbürgerschaft eingeführt wurde, kann es passieren, dass die aus dem Wahlbereich Bremen gewählten Abgeordneten für die Bremische Bürgerschaft (Landtag) nicht zu hundert Prozent identisch mit den gewählten Abgeordneten der Bremischen Stadtbürgerschaft sind. Wenn eine Partei von dem kommunalen Wahlrecht für EU-Ausländer überproportional profitiert, stehen ihr unter Umständen mehr Sitze in der Stadtbürgerschaft als im Landtag zu.
- Auch in Bremerhaven sind Kommunal- und Landtagswahl in der Regel aneinander gekoppelt, wenngleich es sich dabei um zwei unterschiedliche, eigene Wahlgänge handelt. Zwischen 1947 und 1991 wurde das Bremerhavener Kommunalparlament, die Stadtverordnetenversammlung, zeitgleich mit der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) gewählt. Aufgrund einer vorgezogenen Neuwahl der Bremischen Bürgerschaft im Jahr

1995 fielen die folgenden Wahltermine zur Bürgerschaftswahl und zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven aber auseinander. Erst seit der Bürgerschaftswahl 2007 werden die Bremische Bürgerschaft und die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung wieder am selben Tag gewählt. Aus Bremerhaven werden 15 Abgeordnete in die Bürgerschaft (Landtag) gewählt.

- Aufgrund seiner Konstituierung als Zwei-Städte-Staat gibt es im kleinsten Bundesland die zwei voneinander unabhängigen Wahlbereiche Bremen und Bremerhaven, in denen jeweils getrennt die Fünfprozenthürde für den Einzug von Parteien bzw. Wählervereinigungen in das Landesparlament gilt. Diese Besonderheit des Wahlrechts kann sich entscheidend auf das Wahlergebnis und die Sitzverteilung in der Bürgerschaft auswirken. Aufgrund der voneinander getrennten Wahlbereiche haben kleine Parteien und Wählervereinigungen in Bremerhaven bei einer geringen Wahlbeteiligung sehr gute Chancen, die Fünfprozenthürde zu überspringen und zumindest einen Sitz im Landesparlament zu erobern. Davon hat bisher vor allem die Wählervereinigung Bürger in Wut profitieren können.

2. Das Wahlsystem

Seit der Bürgerschaftswahl 2011 wird in Bremen – aufgrund eines Volksbegehrens – nach einem neuen Wahlsystem gewählt. Es handelt sich dabei nach wie vor um ein Verhältniswahlsystem mit Fünfprozentsperrklausel, aber da jeder Wähler fünf Stimmen bei Bedarf beliebig panaschieren (verteilen) oder kumulieren (anhäufeln) kann, stehen ihm viele Möglichkeiten der Stimmenabgabe zur Verfügung (der Wähler kann zum Beispiel alle fünf Stimmen für eine Parteiliste abgeben oder die Stimmen auf mehrere Parteien bzw. Kandidat*innen verteilen). Es ist das erklärte Ziel dieses Wahlsystems, den Wählern mehr Einfluss auf die Auswahl der Abgeordneten einzuräumen. Dadurch, dass die Stimmen z.B. auf Kandidat*innen kumuliert werden können, die von den Parteien auf weniger aussichtsreichen Listenplätzen nominiert wurden, kann sich die Listenreihenfolge bei der Mandatsvergabe ändern. Dass dieser Effekt tatsächlich eintritt, haben die Bürgerschaftswahl 2011 und 2015 eindrücklich bewiesen. Bei allen Parteien kam es zu Verschiebungen auf den Listen der Parteien, und es wurden Kandidat*innen in die Bürgerschaft gewählt, die nach dem alten Wahlrecht keine Chance gehabt hätten. Besonders ausgeprägt war der Effekt bei der SPD, bei der die Hälfte aller Mandate über die Personenstimmen vergeben wurde und mehrere Kandidat*innen sich von hinteren Listenplätzen weit nach vorne schieben konnten.

Die Erfahrungen mit dem neuen Wahlsystem haben allerdings einige Schwächen offengelegt. So vermittelt das System dem Wähler den falschen Eindruck, dass er mit seinen fünf Stimmen Kandidat*innen gewissermaßen direkt in die Bürgerschaft wählen kann. Tatsächlich aber verdanken die meisten Kandidat*innen einer Partei, die ein Personenstimmenmandat erhalten, dieses gar nicht in erster Linie den für sie persönlich abgegebenen Stimmen, sondern den Personenstimmen, die für

- die jeweiligen Spitzenkandidaten,
- für alle erfolgreichen Listenkandidaten auf einer Liste,
- für alle nicht erfolgreichen Kandidaten auf einer Liste

abgegeben wurden. Dieser Fremdverwertungseffekt von Personenstimmen hat dazu geführt, dass bei der letzten Bürgerschaftswahl zum Teil Kandidaten, die nicht einmal 1.000 Personenstimmen bekommen haben, über ein Personenmandat in die Bürgerschaft eingezogen sind. Im Extremfall können für einen bestimmten Kandidaten bzw. eine Kandidatin abgegebene Personenstimmen sogar dazu führen, dass er/sie ein sonst sicheres Listenmandat verfehlt. Das Wahlsystem gaukelt also den Wähler*innen nur vor, dass es in ihrer Hand liegt, welche Kandidat*innen mit ihrer Personenstimme in die Bürgerschaft einzuziehen (vgl. auch die Studie zu den Effekten des neuen Wahlsystems von Lothar Probst und Valentin Schröder: Das Bremer Wahlsystem: Paradox, Intransparent und möglicherweise verfassungswidrig. Eine Analyse aus wissenschaftlicher Sicht, Bremen 2015, download [hier](#))

Aufgrund dieser Defizite hat die Bremische Bürgerschaft mit einer deutlichen Mehrheit der Stimmen in der ablaufenden Legislaturperiode beschlossen, Korrekturen am Wahlsystem vorzunehmen. Ab der Bürgerschaftswahl 2019 wird die Zuteilung der Mandate verändert. Zuerst werden die Mandate mit den höchsten Personenstimmen zugeteilt, danach die Listenstimmenmandate. Aufgrund dieser Änderung schwächt sich der ursprüngliche Effekt, dass Kandidat*innen auf hinteren Listenplätzen bei der Mandatzuteilung nach vorne rücken, ab – bleibt aber dennoch erhalten. Die Vereinigung „Mehr Demokratie e.V.“, die das Wahlrecht ursprünglich durch die Einleitung eines Volksbegehren durchgesetzt hatte, hat diese Korrektur als Rückschritt kritisiert und unterstellt, dass die Änderung nur darauf abziele, den Parteien wieder mehr Macht über die Zuteilung der Mandate zu sichern. Diese Kritik kann aber nicht überzeugen, weil der ursprüngliche Gedanke des personenorientierten Wahlrechts war, dass die Kandidat*innen mit den meisten Personenstimmen auch tatsächlich die Personenstimmenmandate bekommen sollen. Das ist durch die Korrektur eher gewährleistet als in der ursprünglichen Fassung des Wahlsystems. Der Versuch von „Mehr Demokratie e.V.“, den Beschluss der Bürgerschaft zur Änderung des Wahlsystems durch die Einleitung eines erneuten Volksbegehrens zu kippen, ist im Vorfeld daran gescheitert, dass dafür nicht genug Stimmen gesammelt werden konnten.

Vor der letzten Wahl hatten Kandidat*innen den oben beschriebenen und jetzt geänderten Fremdverwertungseffekt des Wahlsystems antizipiert und gezielt eigene Wahlkampagnen initiiert, um möglichst viele Personenstimmen zu gewinnen (siehe dazu auch die im Auftrag der Bürgerschaft erstellte Untersuchung des Arbeitsbereichs Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung „Bürgerschaftskandidatur zwischen persönlichem Einsatz und Parteienwahlkampf“ von Jan-Hendrik Kamlage, Juli 2012, download [hier](#)). Durch die Korrektur des Wahlsystems wird sich bei der bevorstehenden Bürgerschaftswahl die parteiinterne Konkurrenz um ein Personenstimmenmandat noch verschärfen. Da weniger Personenstimmenmandate zu verteilen sind, müssen Kandidat*innen auf hinteren Listenplätzen noch stärkere Anstrengungen unternehmen, um möglichst viele Personenstimmen zu bekommen, denn nur dadurch können sie sich ausrechnen, doch noch in die Bürgerschaft einzuziehen. Das heizt die parteiinterne Konkurrenz an. Am stärksten betrifft dieser Effekt die SPD aus einer Reihe von Gründen. In der Vergangenheit kam insbesondere die hohe Personenstimmenanzahl des SPD-Spitzenkandidaten denjenigen zugute, die ein Personenstimmenmandat erlangten. Dieser Effekt wird sich jedoch vermutlich deutlich abschwächen, da a) durch die geänderte Mandatzuteilung (erst Personenstimmen-, dann Listenstimmenmandate), b) die vorhergesagten Verluste für die SPD und c) die wahrscheinlich geringere Anzahl an Personenstimmen für den Spitzenkandidaten

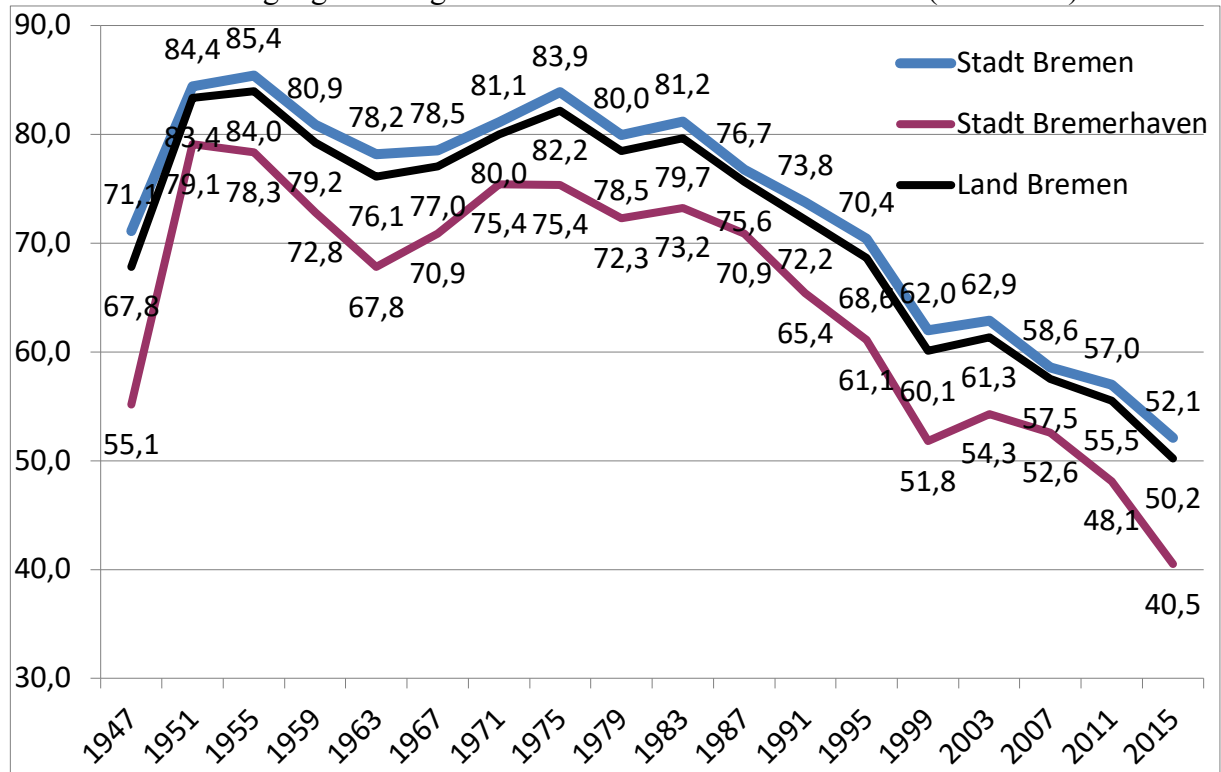
der SPD nur wenige SPD-Kandidat*innen auf hinteren Listenplätzen Aussichten haben, vorzurücken und bei der Mandatzuteilung berücksichtigt zu werden.

3. Die Wahlbeteiligung

Die historisch schlechteste Wahlbeteiligung bei einer Bürgerschaftswahl in Bremen (und in einem westdeutschen Bundesland) von nur noch 50,2 Prozent (40,5 Prozent im Wahlbereich Bremerhaven) hat 2015 in der politischen Öffentlichkeit eine Diskussion über die Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung ausgelöst. Die Gründe für den Rückgang sind vielfältig und nicht nur auf sogenannte „prekäre Wahlen“ zurückzuführen. Unbestritten ist, dass in sogenannten statusniedrigen Stadtteilen (also Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit und einer hohen Anzahl von Transfergeldempfängern) die Wahlbeteiligung extrem niedrig ausfällt. Die Unterschiede zwischen den Stadtteilen sind enorm: Im statusniedrigen Stadtteil Tenever lag sie bei der Bürgerschaftswahl 2015 nur bei 31,8 Prozent, im statushohen Stadtteil Schwachhausen bei 72,3 Prozent – also fast doppelt so hoch. Allerdings lässt sich die Wahlbeteiligung nicht nur an Indikatoren wie Einkommen, Bezug von Transfereinkommen oder Leben in einem bestimmten Wohnquartier festmachen. Bildung als Einflussgröße spielt ebenfalls eine entscheidende Rolle. Wähler mit Hochschulabschluss gehen weit überdurchschnittlich wählen, Wähler mit niedriger Schulbildung weit unterdurchschnittlich. Auch das Alter spielt als Einflussgröße eine wichtige Rolle. Die aufgrund der demografischen Entwicklung kleiner werdende Gruppe der Jungwähler*innen beteiligt sich viel seltener an Wahlen als die wachsende Gruppe der Wähler*innen über 60 Jahren. So lag die Wahlbeteiligung der 16- bis 17-jährigen Wähler*innen 6,3 Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung aller Wähler*innen und sogar 13,6 Prozentpunkte unter der der 60- bis 70-jährigen Wähler*innen. Des Weiteren spielen der Parteienwettbewerb und die Konstellationen vor einer Wahl eine wichtige Rolle für die Entscheidung, an einer Wahl teilzunehmen oder nicht. Die Umfragen vor der letzten Bürgerschaftswahl signalisierten eine klare Mehrheit für SPD und Grüne, und die CDU als stärkste, aber traditionell schwache Oppositionspartei in Bremen war weit davon entfernt, eine Wechselstimmung zu erzeugen. Der Wahlkampf verlief darüber hinaus extrem konfliktarm und ohne größere Höhepunkte. Vor diesem Hintergrund gelang es insbesondere der SPD nicht, ihre Anhänger zu mobilisieren. Das wirkte sich nicht nur negativ auf das Stimmenergebnis für die SPD, sondern auch auf die Wahlbeteiligung aus.

Der Rückgang der Wahlbeteiligung wurde auch auf das seit 2011 geltende Bremer 5-Stimmen-Wahlsystem zurückgeführt. Es sei für die Wähler*innen zu kompliziert. Bei dieser Sichtweise ist allerdings Vorsicht geboten, weil sie sich als Schnellschuss erweist und von Ursachen ablenkt, die weniger im Wahlsystem als vielmehr in den politischen Konstellationen begründet liegen. Die Abbildung auf der nächsten Seite veranschaulicht die Entwicklung der Wahlbeteiligung in Bremen im Laufe der Zeit: Das Absinken der Wahlbeteiligung setzt verstärkt seit Mitte der 1980er Jahre ein und lag in Bremerhaven immer unterhalb der Wahlbeteiligung in der Stadt Bremen. In mehreren Schüben, die bis zu 7,5 Prozentpunkte ausmachten (1995 auf 1999), ist die Wahlbeteiligung seit 1987 – von einer Ausnahme abgesehen (1999 auf 2003) – kontinuierlich gesunken. Bis einschließlich zur Bürgerschaftswahl 2007 wurde aber nach dem alten, einfachen Einstimmenwahlrecht mit starrer Liste gewählt. Der stetige Rückgang der Wahlbeteiligung lässt sich also nicht kausal auf das bei der Bürgerschaftswahl 2011 zum ersten Mal angewendete Wahlsystem zurückführen.

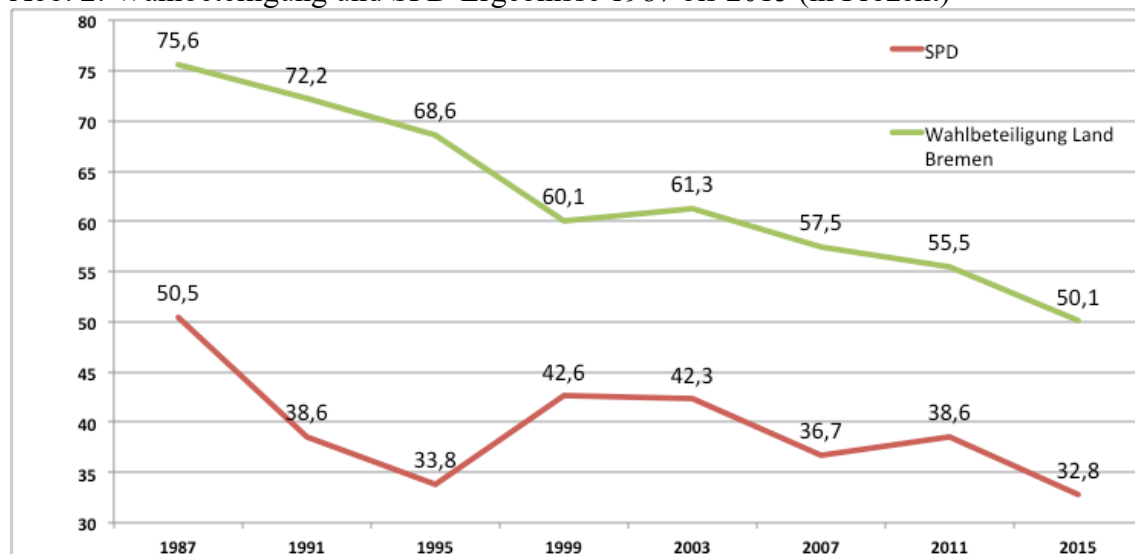
Abb. 1: Wahlbeteiligung bei Bürgerschaftswahlen in Bremen seit 1947 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Bremen

Interessant ist vielmehr, dass die Kurven für die zurückgehende Wahlbeteiligung und für die Wahlergebnisse der SPD eine enge Korrelation aufweisen (Abbildung 2). Die nachlassende Fähigkeit der Bremer SPD, als dominante Volkspartei Wähler zu binden und zu integrieren, dürfte für den Rückgang der Wahlbeteiligung also eine größere Rolle spielen als das Wahlsystem.

Abb. 2: Wahlbeteiligung und SPD-Ergebnisse 1987 bis 2015 (in Prozent)



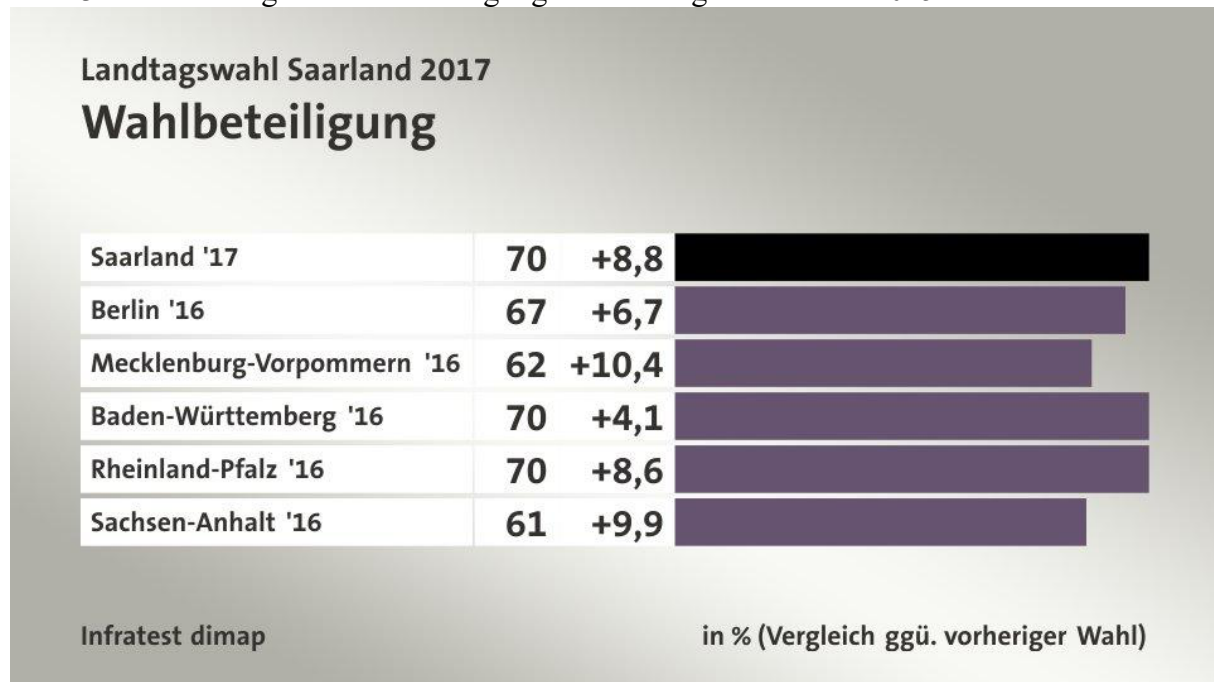
Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Bremen

Seit mehr als 25 Jahren verliert die SPD – wie auch bei der Bürgerschaftswahl 2015 – an Nichtwähler oder an andere Parteien. Nimmt man die Bürgerschaftswahl 1987, bei der die

SPD das letzte Mal eine absolute Mehrheit mit 50,5 Prozent (in absoluten Zahlen: 196.903) der Stimmenanteile erzielen konnte, als Ausgangspunkt, dann hat sie gemessen in absoluten Zahlen fast 60 Prozent ihrer damaligen Wählerschaft verloren. Ursachensuche für die sinkende Wahlbeteiligung muss also woanders ansetzen, nicht in erster Linie beim Wahlsystem.

Die Entwicklung der Wahlbeteiligung ist auch keine Einbahnstraße. Sie kann sich durchaus auch wieder nach oben entwickeln, wenngleich Beteiligungsraten wie in den 1970er- und 1980er Jahren bei Landtagswahlen kaum noch zu erreichen sein dürften. Betrachtet man die Entwicklung der Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen seit 2015, sieht man, dass fast ausnahmslos die Wahlbeteiligung gestiegen ist (siehe Abb. 3, Grafik von infratest dimap).

Abb. 3: Entwicklung der Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen seit 2015 in Prozent



Greift man das Bundesland Baden-Württemberg heraus, dann ist die Wahlbeteiligung innerhalb von zwei Legislaturperioden sogar um 17 Prozentpunkte gestiegen (von 53,4 Prozent bei der Landtagswahl 2006 auf 70,4 Prozent bei der Landtagswahl 2016). Offensichtlich spielten dabei die Konstellationen im Parteienwettbewerb und politische Konflikte vor der Wahl eine wichtige Rolle (Stichworte 2011: Stuttgart 21, Grüne und SPD gegen die lange Vorherrschaft der CDU, Kretschmann versus Mappus; Stichworte 2016: Wer wird stärkste Partei – Grüne oder CDU, Polarisierung des Wahlkampfes durch die AfD). Insgesamt lässt sich feststellen, dass durch die AfD eine stärkere Polarisierung und Politisierung in der Gesellschaft stattfindet. Dabei schafft es einerseits die AfD, Nicht- und Protestwähler zu mobilisieren, andererseits löst dies aber auch eine Gegenmobilisierung bei den anderen Parteien aus, die ebenfalls stärker als zuvor wieder Nichtwähler*innen zur Stimmabgabe motivieren können. Die folgende Tabelle zeigt, dass sowohl in Baden-Württemberg als auch in Rheinland-Pfalz nicht nur die AfD, sondern auch andere Parteien erheblich von einem Zuwachs aus dem Lager der Nichtwähler profitieren konnten.

Tab. 1: Nichtwählerzuwachs bei den Landtagswahlen 2016 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

Landtagswahl 2016	Wahlbeteiligung	Nichtwählerzuwachs Parteien (in absoluten Zahlen)
Baden-Württemberg	70,4 %	AfD: 209.000 Grüne: 129.000 FDP: 43.000 Linke: 9.000
Rheinland-Pfalz	70,4 %	AfD: 80.000 SPD: 54.000 CDU: 58.000 FDP: 20.000 Linke: 6.000

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben der Landeswahlleiter von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und nach Daten von infratest dimap

Fazit: Es ist angesichts des aktuellen Trends bei der Entwicklung der Wahlbeteiligung von Landtagswahlen davon auszugehen, dass auch bei der Bürgerschaftswahl in Bremen am 26. Mai **die Wahlbeteiligung moderat ansteigen wird**. Dafür spricht auch, dass die Wahlkampfkonstellationen anders sind als vor der Bürgerschaftswahl 2015. Die Umfragen versprechen dieses Mal ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPD und CDU; auch die Frage, welche Koalition nach der Wahl in Bremen regiert, ist offen. Das dürfte ein Anreiz für eine höhere Wahlbeteiligung sein. Eine solche Trendumkehr wäre auch in Bremen wünschenswert, wenngleich damit frühere Wahlbeteiligungsraten immer noch in weiter Ferne liegen.

4. Die Entwicklung des Bremer Parteiensystems

Das Bremer Parteiensystem zeichnet sich in den letzten Legislaturperioden durch eine äußerst volatile Entwicklung aus. Bei den Bürgerschaftswahlen 1999 und 2003 schafften es nur SPD, CDU und Grüne, in Fraktionsstärke in die Bürgerschaft einzuziehen. 2003 gelang es darüber hinaus der FDP und der DVU, über den Wahlbereich Bremerhaven jeweils ein Abgeordnetensmandat zu erzielen. 2007 kam es dann zu einer deutlichen Fragmentierung des Parteiensystems, weil außer SPD, CDU und Grünen auch die LINKE und die FDP erfolgreich waren und jeweils Fraktionen in der Bürgerschaft bilden konnten. Außerdem erlangten sowohl die DVU als auch die Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) über den Wahlbereich Bremerhaven jeweils ein Mandat. Bei der Bürgerschaftswahl 2011 zogen nur SPD, CDU, Grüne und LINKE in die Bürgerschaft ein, weil die FDP deutlich an der Fünfprozenthürde scheiterte. Die Wählervereinigung BIW dagegen errang erneut ein Mandat über den Wahlbereich Bremerhaven, während die Piraten, die bei dieser Wahl zum ersten Mal antraten, mit 1,9 Prozent der Stimmenanteile weit abgeschlagen landeten. 2015 stellt den vorläufigen Höhepunkt der Fragmentierung des Parteiensystems dar. Mit sieben Parteien (SPD, CDU, Grüne, LINKE, FDP, AfD, BIW) waren so viele Parteien in der Bürgerschaft vertreten wie in keiner Legislaturperiode der letzten Jahrzehnte. Durch Abspaltungen sowie Über- und Austritte ist darüber hinaus die Zusammensetzung der jetzigen Bürgerschaft im Laufe der Legislaturperiode noch heterogener geworden (mit Einzelabgeordneten, die keiner Fraktion oder Gruppe zugeordnet sind).

Die parteipolitische Zusammensetzung des Parlaments hat sich vor diesem Hintergrund in den letzten 19 Jahren mehrfach verändert. Es hat sich zunächst ein Vierparteiensparlament mit einer linken Mehrheit herausgebildet, die seit der Bürgerschaftswahl 1995 kontinuierlich gewachsen war (wenngleich Bremen bis 2007 von einer Großen Koalition regiert wurde). Bei der Bürgerschaftswahl 2011 erreichten SPD, Grüne und LINKE zusammen einen Stimmenanteil von 66,7 Prozent. Dieser Anteil schrumpfte jedoch aufgrund erheblicher Verluste von SPD und Grünen auf 57,4 Prozent bei der Bürgerschaftswahl 2015. Auch am Ergebnis der Bundestagswahlen für die Bremer Parteien lässt sich ablesen, dass die strukturelle Mehrheit für die Parteien, die gewöhnlich dem linken Lager zugeordnet werden, abgenommen hat.

Tab. 2: Wahlergebnisse bei den Bürgerschaftswahlen, Europa- und Bundestagswahlen seit 2007 in Bremen

Wahl	SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	AfD	BIW
Bürgerschaftswahl 2007	36,7	25,6	16,5	8,4	6,0	-	0,9
Europawahl 2009	34,4	22,4	17,6	9,6	3,3	-	-
Bundestagswahl 2009	30,3	23,9	15,4	14,3	10,6	-	-
Bürgerschaftswahl 2011	38,6	20,4	22,5	5,6	2,4	-	3,7
Bundestagswahl 2013	35,6	29,3	12,1	10,1	3,4	3,7	-
Europawahl 2014	34,4	22,4	17,6	9,6	3,3	5,8	-
Bürgerschaftswahl 2015	32,8	22,4	15,1	9,5	6,6	5,5	3,2
Bundestagswahl 2017	26,8	25,1	11,1	13,4	9,4	10,0	-

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Bremen

5. Die Entwicklung der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Rahmenbedingungen seit der letzten Bürgerschaftswahl

Bremen ist ein Bundesland der extremen Gegensätze. Es ist das Bundesland mit der höchsten Verschuldung pro Einwohner, der höchsten Quote an Sozialhilfeempfängern im Verhältnis zur Einwohnerzahl, der höchsten Armutsquote unter Jugendlichen, einer der geringsten Wahlbeteiligungen in ganz Deutschland und mit Schüler*innen, die bei PISA-Studien regelmäßig auf dem letzten Platz landen. Diesem öffentlichen Negativbild lässt sich ein anderes entgegensetzen: Bremen ist der sechstgrößte Industriestandort in Deutschland mit hochmodernen und zukunftsorientierten Industriezweigen. Wesentliche Teile der ISS-Raumfahrtstation werden hier von hochspezialisierten Firmen gebaut; wichtige Teile der Airbus-Flotte werden in Bremen entwickelt, geprüft und hergestellt; Mercedes-Benz unterhält in Bremen eines der modernsten Automobilwerke in Europa mit mehr als 12.500 Beschäftigten – es ist weltweit das zweitgrößte Automobilwerk des Konzerns; in Bremerhaven befindet sich der größte Umschlagterminal für Auto-Im- und -exporte in Europa. Schließlich hat Bremen eine mit mehr als 200 Millionen Euro

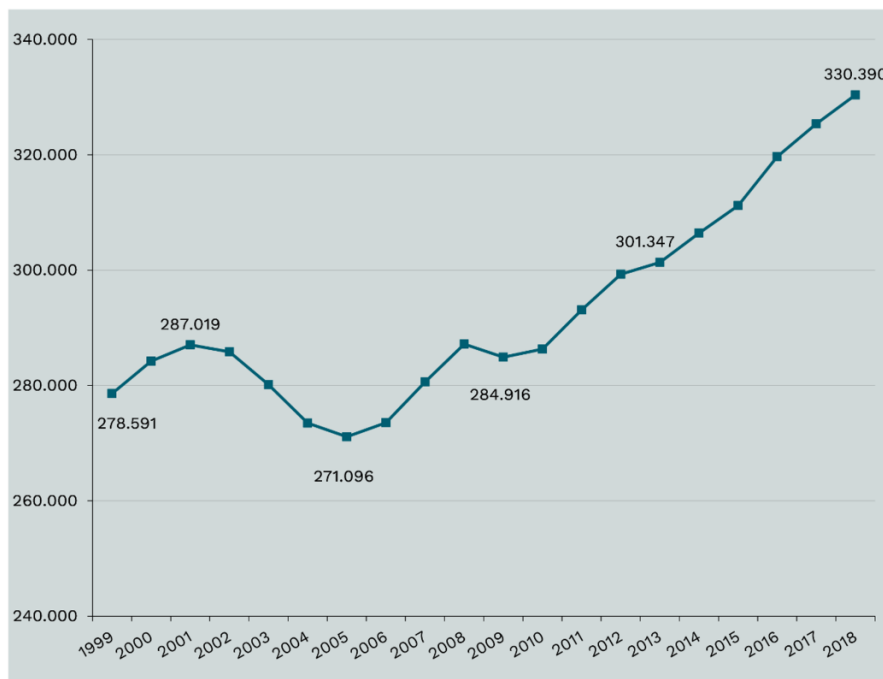
staatlich und privat geförderte Privatuniversität sowie eine staatliche Universität, die es beim vorletzten Exzellenzwettbewerb unter die elf Exzellenzuniversitäten in Deutschland geschafft hat. Außerdem ist Bremen eine wachsende Stadt.

Die ausgeprägten Gegensätze betreffen auch die beiden Teile des Bundeslandes. Bremerhaven ist hinter der wirtschaftlichen Entwicklung in Bremen zurückgeblieben, wengleich durch gezielte Infrastrukturprojekte im touristischen Bereich wie das Auswanderermuseum und das Klimahaus sowie durch die Fertigstellung des Containerterminals 4 und die Ansiedlung von Unternehmen im Bereich der Windenergieerzeugung in den vergangenen Jahren wirtschaftlich erfolgreiche Impulse gesetzt wurden. Der geplante Bau eines Offshore-Terminals für die Installation von Windenergieanlagen konnte nach Planungsfehlern und von Naturschutzverbänden erzwungenen Klagen allerdings nicht realisiert werden.

Wirtschaftlich gesehen steht Bremen besser dar, als es nach außen erscheint. Das Wirtschaftswachstum liegt seit mehreren Jahren über dem Bundesdurchschnitt und verdankt sich u.a. der Exportstärke der bremischen Wirtschaft mit seinen Häfen. Die wirtschaftliche Entwicklung hat sich auch positiv auf die Beschäftigungsentwicklung ausgewirkt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ist deutlich gestiegen, wie man den Angaben der Arbeitnehmerkammer Bremen entnehmen kann.

Abb. 4: Entwicklung sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Bremen

Beschäftigungsaufbau hält an - Rekordstand 2018
 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Land Bremen

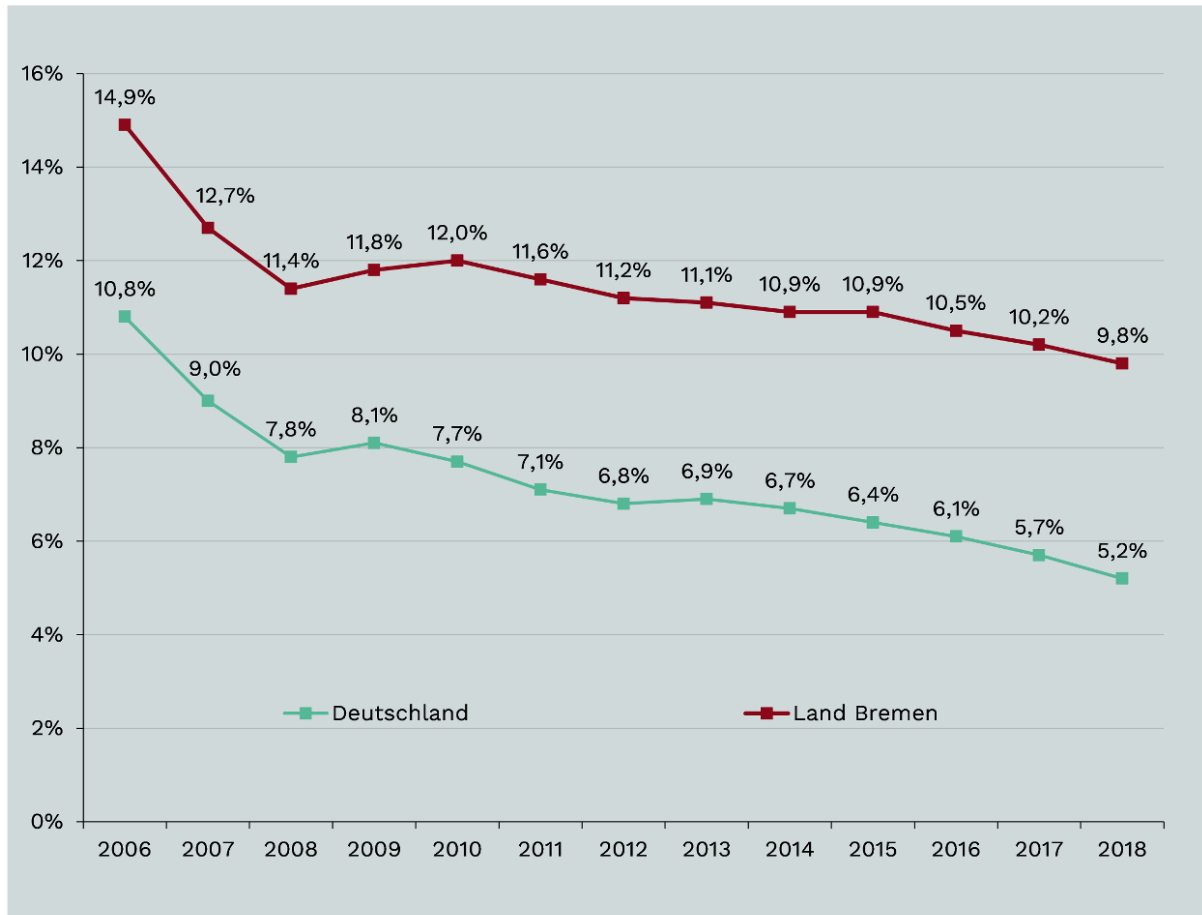


Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Stichtag jeweils 30. Juni
 © Arbeitnehmerkammer Bremen

Auch die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen, wengleich sie im Bundesland Bremen und insbesondere in Bremerhaven immer noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Abb. 5: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Bremen seit 2006

**Arbeitslosenquote sinkt stetig, liegt aber immer noch deutlich über dem Bundeswert
Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit
© Arbeitnehmerkammer Bremen

Gleichwohl konnte das Auseinanderdriften verschiedener Stadtteile seit der letzten Bürger-schaftswahl nicht aufgehalten werden. Armuts- und Reichtumsquartiere bestehen nebenei-nander. Dort klaffen Einkommen, Lebenserwartung, Krankheitsanfälligkeit, Bildungsniveau und Wohnqualität weit auseinander. Trotz der Versuche der Politik, mithilfe gezielter Pro-gramme zur Förderung benachteiligter Stadtteile diese Tendenzen einzudämmen, ist und bleibt Bremen eine Stadt der sozialen Spaltung.

Die finanziellen Rahmenbedingungen haben ein Übriges dazu beigetragen, die soziale Schief-lage zu verfestigen. Durch die Verpflichtung auf die im Grundgesetz und in der Landesverfas-sung verankerte Schuldenbremse, waren die Möglichkeiten der rot-grünen Koalition, mithilfe von entsprechenden Programmen der Entwicklung der Armut gegenzusteuern, Grenzen ge-setzt. An der „extremen Haushaltsnotlage“ (Landesrechnungshof) Bremens hat in den rot-grü-nen Regierungsjahren auch die mit dem Bund und den anderen Ländern vereinbarte Konsoli-dierungshilfe in Höhe von jährlich 300 Millionen Euro nichts Grundsätzliches geändert, zumal diese an die Einhaltung von Auflagen geknüpft war und Bremen nur wenig finanziellen

Handlungsspielraum geboten hat. Bremen konnte diese Auflagen bisher einhalten, weil es aufgrund der Zinslage Kredite zu extrem günstigen Bedingungen aufnehmen konnte und durch die allgemein gute Konjunkturentwicklung zusätzliche Steuereinnahmen zu verzeichnen waren.

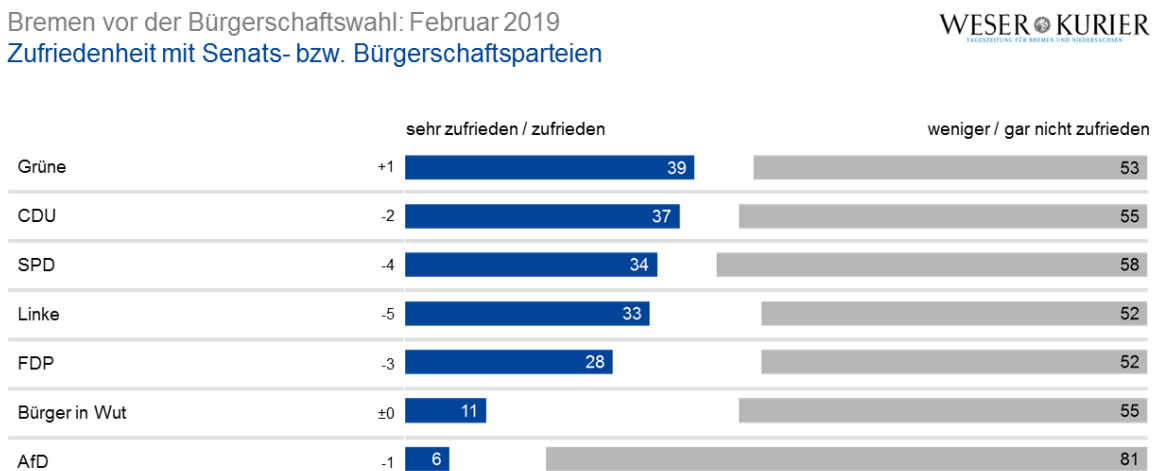
Der Koalition blieb vor diesem Hintergrund nicht anderes übrig, als in vielen Bereichen nachhaltig zu sparen, zumal besondere Ereignisse wie die Flüchtlingszuwanderung zusätzlichen finanziellen Aufwand mit sich gebracht haben. Die Sparpolitik betraf durch den Abbau von Arbeitsplätzen die Verwaltung und den Öffentlichen Dienst, die Bereiche Bildung, Kindergärten, Krankenhäuser, Verkehrsinfrastruktur, Wohnungsbau und Wirtschaftsförderung. Dadurch hat sich ein erheblicher Sanierungsstau aufgebaut, der sich inzwischen auf Milliardenbeträge summiert und dessen Abbau von der nächsten Koalition, wie immer sie aussieht, in Angriff genommen werden muss. Trotz der Härten, die für breitere Bevölkerungskreise mit dem Sparkurs verbunden waren, hat die Koalition durch ihre strikte Sparpolitik und die Einhaltung der Schuldenbremse die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Bremen ab 2019 zum ersten Mal keine neue Schulden bei den Banken aufnehmen musste und sich ab 2020 durch den zwischen dem Bund und den Ländern ausgehandelten Pakt zum Finanzausgleich neue Perspektiven für eine Wende in der Ausgabenpolitik abzeichnen. Gleichwohl ist der Spielraum für große Umverteilungen durch Vorfestlegungen aus der laufenden Legislaturperiode kleiner als es viele wahrhaben wollen (u.a. Übertragung des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst auf alle Beamten und Versorgungsempfänger, Erhöhung der Gehälter von Grundschullehrer*innen der Primarstufe auf A 13, Erhöhung des Landesmindestlohns, Wegfall von Sonderzahlungen für Flüchtlingsintegration, Änderung der Steuergesetzgebung, Verpflichtungen aus früheren Haushalten). Für die ursprüngliche geplante Tilgung von Schulden ist möglicherweise weniger Geld vorhanden als gedacht. Das musste auch der CDU-Spitzenkandidat einsehen, der das ursprüngliche Mantra seiner Partei, nämlich sämtliche Hilfen aus dem Bund-Länder-Finanzausgleich in die Schuldentilgung zu stecken, im Laufe des Wahlkampfes kassiert hat. Bremen wird also auf absehbare Zeit auf einem Schuldenberg von mehr als 20 Milliarden Euro auch in Zukunft sitzen bleiben.

6. Die politische Ausgangslage vor der Wahl

Seit 2007 wird das Bundesland Bremen von einer rot-grünen Koalition regiert. Bei der Bürgerschaftswahl 2011 konnten SPD und Grüne ihren Stimmen- und Sitzvorsprung in der Bremischen Bürgerschaft gegenüber 2007 ausbauen und eine Zweidrittelmehrheit der Sitze erringen. Die Oppositionsparteien CDU, FDP und LINKE büßten dagegen 2011 Stimmen ein. Die FDP fiel sogar deutlich unter die Fünfprozenthürde. Dann leitete die Bürgerschaftswahl 2015 jedoch eine Wende ein. Bei einer historisch niedrigen Wahlbeteiligung von nur noch knapp über 50 Prozent fuhren SPD und Grüne deutliche Verluste ein und konnten ihre Mehrheit bei der Sitzverteilung nur knapp behaupten. Außerdem gelang es der AfD auch in Bremen, zum ersten Mal in die Bürgerschaft einzuziehen, während die FDP mit ihrem auf die junge Spitzenkandidatin Lencke Steiner orientierten Wahlkampf wieder in die Bürgerschaft zurückkehrte. Im Laufe der Legislaturperiode büßte die rot-grüne Mehrheit ihren Vorsprung an Mandaten durch den Ausschluss und Austritt von Abgeordneten immer mehr ein und hatte zum Ende der Legislaturperiode nur noch eine Mehrheit von einem Sitz.

SPD und Grüne haben jedoch in der jetzt endenden Legislaturperiode nicht nur ihren Vorsprung an Mandaten weitgehend eingebüßt, sondern auch der Ton zwischen den Fraktionen und Parteien der Regierungskoalition ist rauher geworden. Immer wieder gab es Konflikte, die zum Teil auch öffentlich ausgetragen wurden. Die Grünen haben das Paradeprojekt der SPD in Bremerhaven, den Offshore-Terminal, in Frage gestellt (nachdem dessen Bau durch Gerichtsurteile immer fragwürdiger wurde), das Bremische Personalvertretungsgesetz und den Einfluss der Personalräte auf politische Entscheidungen hinterfragt (was sofort auf scharfe Reaktionen seitens der SPD stieß), den Wohnbebauungsplänen der SPD in der Osterholzer Feldmark eine klare Absage erteilt sowie Vorstellungen zur zukünftigen Nutzung des Europahafens vorgelegt, die von der SPD zunächst schroff zurückgewiesen wurden. Die SPD wiederum hat mehrfach Kritik am grünen Koalitionspartner geübt – u.a. im Bereich der Verkehrs- und Baupolitik. Auch im Wahlkampf haben sich Vertreter beider Parteien des Öfteren angegiffet. Trotz dieser internen Konflikte wurde die Koalition durch ihre Spitzenakteure und ihren gemeinsamen Willen, die in der Landesverfassung verankerte Schuldenbremse einzuhalten, um die jährlich zugesagten 300 Millionen Euro Konsolidierungshilfen von Bund und Ländern zu bekommen, bis zum Ende zusammengehalten. Diese finanzpolitische Herkulesaufgabe, deren Erfolg kaum jemand für möglich gehalten hätte, kann sich die rot-grüne Koalition als größten Verdienst anrechnen lassen – auch wenn eine gute Konjunkturlage mit sprudelnden Steuereinnahmen sowie eine historisch niedrige Zinslage maßgeblich zu diesem Erfolg beigetragen haben. Aber diese Kraftanstrengung hat auch ihren Preis gehabt. Einsparungen im Öffentlichen Dienst und in der Verwaltung durch den Abbau von Arbeitsplätzen, Einsparungen bei der sozialen und verkehrstechnischen Infrastruktur sowie im Bereich der Bildung haben ihr Tribut gefordert und die Unzufriedenheit mit den Leistungen der Koalition verschärft, auch unter Wählergruppen, die beiden Parteien nahestehen. In einer Umfrage von infratest dimap im Auftrag des Weser-Kurier vom Februar 2019 erhielten SPD und Grüne in Bezug auf die Zufriedenheit mit ihrer Politik eher negative Noten (siehe Abb. 6).

Abb. 6: Zufriedenheit mit den Senats- bzw. Bürgerschaftsparteien



Wenn Sie einmal an die Landesparteien in Bremen denken. Wie zufrieden sind Sie da mit der Arbeit ... im Senat / in der Bürgerschaft?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu April 2018
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

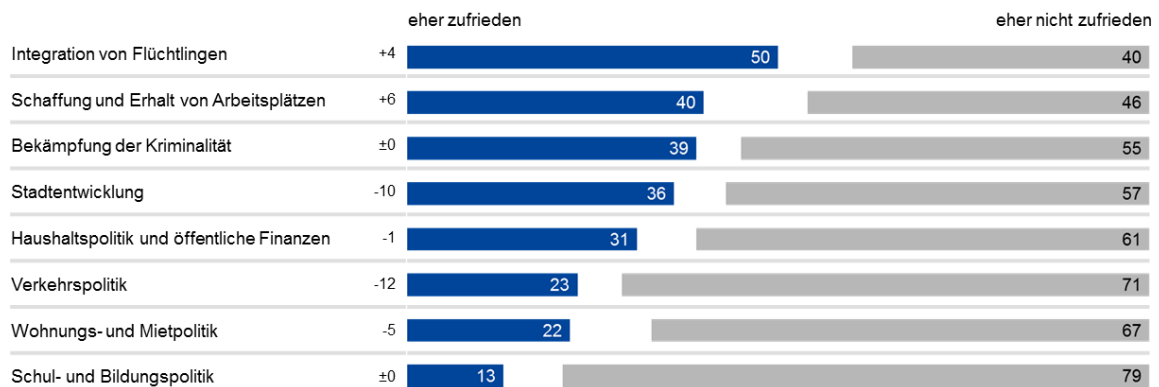
infratest dimap 

Lediglich bei der Integration von Flüchtlingen war eine Mehrheit aller Wähler*innen eher zufrieden als unzufrieden mit der Politik des Senats. Tatsächlich wurden dem Senat auch von Expert*innen und politischen Beobachter*innen in Bezug auf die Bewältigung der Flüchtlingszuwanderung, die auch in Bremen in den Jahren 2015 und 2016 ihren Höhepunkt erreichte, gute Noten erteilt. Extrem schlechte Noten erteilten die Wähler*innen dem Senat dagegen vor allem in den Politikbereichen Schul- und Bildungspolitik, Wohnungsbau- und Mietpolitik und Verkehrspolitik (siehe Abb. 7).

Abb. 7: Zufriedenheit mit dem Senat unter allen Wähler*innen nach Politikfeldern

Bremen vor der Bürgerschaftswahl: Februar 2019
 Zufriedenheit mit Bremer Senat: Politikfelder

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN



Sind Sie mit den bisherigen Anstrengungen des Bremer Senats ... eher zufrieden oder eher nicht zufrieden?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
 Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu April 2018
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Zieht man ein Fazit von 12 Jahren gemeinsamer Arbeit in einer Koalition, haben SPD und Grüne, trotz mancher Differenzen, ihre internen Konflikte erstaunlich gut bewältigen und gemeinsame Politikvorstellungen trotz schwieriger Rahmenbedingungen umsetzen können. Jetzt scheint der Vorrat an gemeinsamen Positionen aber schmaler geworden zu sein, denn beide Parteien treten im Wahlkampf ohne Koalitionsaussage für den jeweils anderen an. Auch im Wahlkampf selber haben die Tendenzen, sich voneinander abzugrenzen und dem anderen Fehler vorzuwerfen, zugenommen – zumal alle Umfragen deutlich machen, dass es für ein Zweierbündnis beider Parteien in Zukunft nicht mehr reichen wird. 12 Jahre Rot-Grün in Bremen gehen also mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Ende.

7. Koalitionsoptionen nach der Wahl

Keine Mehrheit mehr für Rot-Grün, aber auch keine Mehrheit für die Opposition

Welche Koalition an die Stelle von Rot-Grün treten wird, ist auf der Basis der Umfragen vollkommen offen. Seit April 2018 hat es fünf Umfragen verschiedener (nicht parteipolitischer) Auftraggeber zur politischen Stimmung in Bremen und zur sogenannten Sonntagsfrage gegeben (siehe Tabelle 3, nächste Seite). Sie zeigen zwar, dass eine rot-grüne Koalition keine Mehrheit mehr hätte, aber auch bei den Oppositionsparteien gibt es nur relativ wenig Bewegung.

Obwohl die Unzufriedenheit der Wähler*innen im Laufe der Legislaturperiode mit den Regierungsparteien gewachsen ist, konnten die Oppositionsparteien nur wenig davon profitieren.

Tab. 3: Umfrageergebnisse seit April 2018

Institut	Auftraggeber	Datum	SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	AfD	BIW	Sonstige
infratest dimap	Radio Bremen	30.04.19	25	26	18	6	12	8	-	5
Insa	BILD	02.04.19	25	25	19	7	11	7	2	4
infratest dimap	Weser-Kurier	07.02.19	24	25	18	6	13	8	-	6
Insa	BILD	28.05.18	22	24	14	9	17	10	-	4
infratest dimap	Weser-Kurier	01.05.18	26	24	14	7	15	9	-	5

Quelle: www.wahlrecht.de

Lediglich die Tatsache, dass die SPD gegenüber ihrem Wahlergebnis von 2015 noch einmal deutlich an Zustimmung verloren hat und die CDU entweder gleichauf mit oder sogar vor der SPD liegt, macht die Wahl spannender als in den letzten Legislaturperioden. Gleichwohl ist es den Oppositionsparteien in der laufenden Legislaturperiode nicht wirklich gelungen, eine richtige Wechselstimmung zu erzeugen, zumal es bei einer politisch gespaltenen Opposition schwierig ist, eine gemeinsame Regierungsalternative anzubieten. Trotz der Angriffsflächen, die der rot-grüne Senat in verschiedenen Politikfeldern geboten hat, konnte die CDU in den Umfragen nur geringe Zugewinne verzeichnen. Bisher ist es ihr auch im Wahlkampf nicht gelungen, eindeutige Akzente zu setzen und den Wähler*innen deutlich zu machen, was sie als führende Regierungspartei anders machen würde.

DIE LINKE, die bereits in der letzten Legislaturperiode unter ihrer Fraktionsvorsitzenden Kristina Vogt Ansehen und Stimmenzugewinne erworben hat, konnte sich zwar zunächst vor die Grünen schieben (und diese bereits bei der Bundestagswahl in Bremen überholen), ist aber gegenüber der Umfrage von vor einem Jahr wieder zurückgefallen – wenn auch auf einem sehr guten Niveau. Die FDP tritt trotz großer Ambitionen auf der Stelle. Bemerkenswert ist allenfalls noch, dass die jüngsten Umfragen der AfD immer noch ein Potential von 7 bis 9 Prozent vorhersagen. Bemerkenswert deshalb, weil die AfD in der Bürgerschaft bereits kurz nach der letzten Bürgerschaftswahl auseinandergefallen und dort nur noch mit einem Abgeordneten vertreten ist. Außerdem hat die AfD in der letzten Zeit durch fortwährende innere Streitigkeiten und Grabenkämpfe von sich reden gemacht. Der seit 2007 mit einem Mandat in der Bürgerschaft vertretenen Partei Bürger in Wut, die vor allem in Bremerhaven eine nennenswerte Unterstützung erfährt und im dortigen Wahlbereich regelmäßig die Fünfprozenthürde überspringt, ist durch die AfD seit der letzten Bürgerschaftswahl eine Konkurrenzpartei am rechten Rand erwachsen, so dass sich die Stimmen im rechtskonservativen bis rechtspopulistischen Spektrum auf zwei Parteien verteilen. Durch Übertritte ehemaliger AfD-Abgeordneter ist Bürger in Wut zwar im Laufe der Legislaturperiode auf drei Abgeordnete in der Bürgerschaft angewachsen, hat aber im Unterschied zur AfD keine wirklichen Aussichten, die Fünfprozentsperrklausel in beiden Wahlbereichen (Bremen und Bremerhaven) zu überspringen. Unter den nicht in der Bürgerschaft vertretenen Parteien kandidieren auch die Freien Wähler als Ableger des gleichnamigen Bundesverbandes zum ersten Mal bei einer Bremer Bürgerschaftswahl. Für sie tritt der 83-jährige Politikveteran Olaf Dinné als Spitzenkandidat an. Nachdem sein Versuch, ein heterogenes Bündnis aus Bürgerinitiativen, die vor allem mit der Umwelt- und Baupolitik der Grünen unzufrieden sind, zu schmieden und damit als Wählervereinigung bei der Bürgerschaftswahl anzutreten, gescheitert ist, ist er auf den Zug der

Freien Wähler aufgesprungen. Nach den letzten Umfragen dürften jedoch weder sie noch andere Kleinstparteien eine Chance haben, Mandate in der Bürgerschaft zu erzielen. Es ist also davon auszugehen, dass die nächste Bürgerschaft aus sechs Fraktionen (SPD, CDU, Grüne, LINKE, FDP, AfD) und einem Abgeordneten von BIW aus Bremerhaven bestehen wird.

Vor diesem Hintergrund richten sich alle Spekulationen darauf, zu welcher Koalition es nach der Wahl kommen wird. Da die AfD als Koalitionspartei von allen anderen abgelehnt wird und auch selber nicht davon ausgeht, als Koalitionspartner gefragt zu sein, wird die Koalitionsbildung unter SPD, CDU, Grünen, FDP und der LINKEN ausgemacht. Die Ausgangskonstellation spricht für vier politisch denkbare Szenarien, von denen allerdings nur die erste eine sichere Mehrheit auf der Basis der Umfragen hätte:

- a) Eine Linkskoalition aus SPD, Grünen und LINKE,
- b) eine Jamaika-Koalition aus CDU, Grünen und FDP,
- c) eine Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP,
- d) eine Große Koalition aus SPD und CDU.

Wie in anderen Bundesländern geht auch in Bremen der Trend in Richtung eines Dreier-Bündnisses, wenngleich eine Große Koalition nicht ganz ausgeschlossen werden kann. Schaut man sich die Optionen für die Dreier-Bündnisse an, kann man wohl kaum davon sprechen, dass Bremen auf einen Lagerwahlkampf zusteuert. Das wäre z.B. der Fall, wenn CDU, Grüne und FDP im Vorfeld der Wahl gemeinsam gegen ein rein rot-rotes Bündnis antreten würden. Nur eine solche Zuspitzung hätte das Potential, den Wähler*innen eine klare Alternative anzubieten, wenn diese gleichzeitig durch unterscheidbare programmatische Angebote in wichtigen Politikfeldern unterfüttert wäre. Die Grünen als Scharnierpartei, die sowohl in einer Linkskoalition als auch in einer Jamaika-Koalition als jeweils dritter Partner gebraucht werden, sind jedoch weit davon entfernt, sich in dieser Hinsicht eindeutig zu positionieren. Ihnen ist zwar bewusst, dass Rot-Grün kein Selbstläufer mehr ist und dass es in Teilen der Wahlbevölkerung nach mehr als 70 Jahren SPD-Vorherrschaft den Wunsch nach Veränderung gibt (nicht zur verwechseln mit einer ausgesprochenen Wechselstimmung zugunsten der CDU), aber in wichtigen Politikfeldern, wie der Verkehrspolitik, sind sie meilenweit von den Vorstellungen der Bremer FDP, die ebenfalls für eine Jamaika-Koalition gebraucht werden würde, entfernt. CDU und FDP greifen im Wahlkampf unentwegt die rot-grüne Politik der vergangenen Jahre an, wollen aber gleichzeitig die Grünen in eine Jamaika-Bündnis locken. Vor allem die FDP tut mit ihren u.a. auf den Autoverkehr ausgerichteten Wahlkampforderungen alles dafür, ein Jamaika-Bündnis zu torpedieren. Für die Grünen dürfte es vor diesem Hintergrund alles andere als verlockend sein, mit einer solchen FDP die Zusammenarbeit zu suchen – auch wenn sie ein Jamaika-Bündnis nicht grundsätzlich ausgeschlossen haben.

Für eine Linkskoalition spricht, dass es gerade in sozialen Fragen, zum Teil auch in ökologischen Fragen die größten inhaltlichen Übereinstimmungen zwischen SPD, Grünen und LINKEN gibt. Allerdings ist auch eine solche Koalition nicht ohne Tücken. DIE LINKE hat im Wahlkampf bereits deutlich gemacht, dass sie am liebsten nur mit der SPD ein Bündnis schließen würde (auch Teile der SPD hätten diese Option am liebsten). Mit den Grünen hat DIE LINKE dagegen Schwierigkeiten – was umgekehrt auch für die Grünen gegenüber der Linkspartei gilt. Vor allem die permanenten Angriffe der LINKEN auf den Sparkurs der vergangenen Jahre (für den u.a. die grüne Finanzsenatorin verantwortlich war) und auf die Schuldenbremse sind

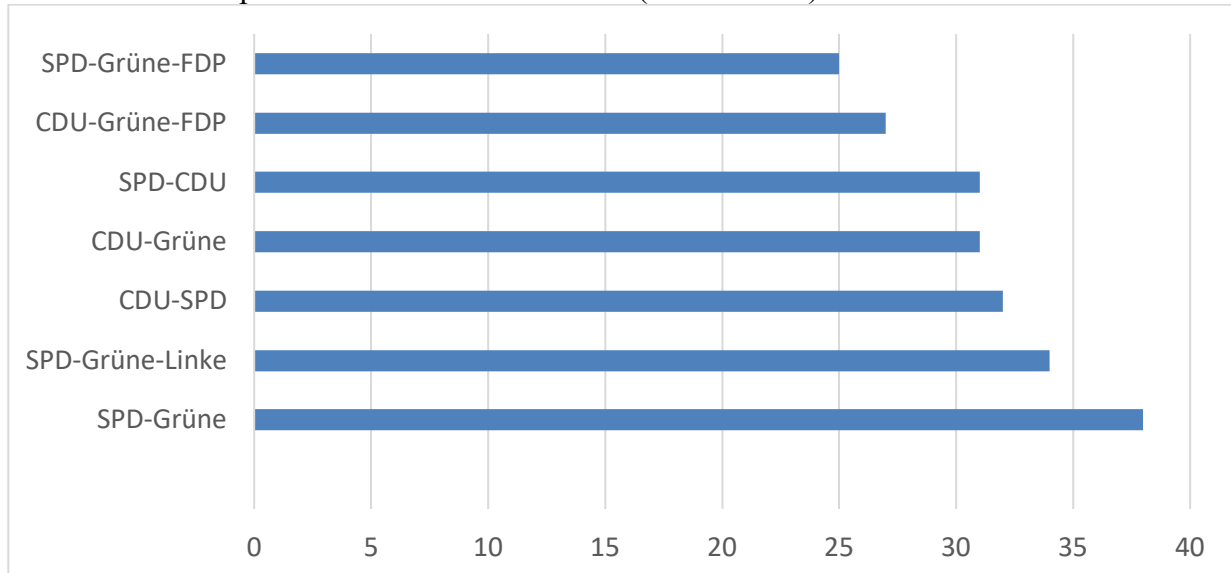
ein Konflikt, der auch in der kommenden Legislaturperiode eine Rolle spielen wird. Die Grünen haben bereits in ihrem Wahlprogramm deutlich gemacht, dass mit ihnen auch zukünftig keine Schulden auf Kosten kommender Generationen gemacht werden dürfen. Sie wollen zwar die neuen Spielräume, die sich nach 2020 durch die finanziellen Mittel aus dem Bund-Länder-Finanzausgleich ergeben, in zukunftssträchtige Projekte investieren, aber ihre Vorstellungen, wohin das Geld fließen soll, unterscheiden sich z.T. erheblich von den Umverteilungsvorstellungen der LINKEN (und von Teilen der SPD). Außerdem steht auch in Zukunft die Schuldenbremse für die Grünen nicht zur Disposition. Die Bildung einer Linkskoalition ist deshalb zwar eine wahrscheinliche Option, aber kein Selbstläufer.

Unter den Dreier-Koalitionen ist eine Ampel-Koalition diejenige, die gegenwärtig am unwahrscheinlichsten erscheint. Nicht nur das Scheitern der Ampel-Koalition, die Anfang der 1990er-Jahre Bremen regierte, ist noch in schlechter Erinnerung, sondern auch die kaum überwindbaren Differenzen in programmatischen Fragen stehen einer solchen Option im Wege. In Fragen der Umwelt- und Verkehrspolitik liegen Grüne und FDP quer, und in sozialen Fragen trennen die SPD und FDP Welten. Auch die Vorstellungen in der Bildungspolitik gehen diametral auseinander. Die SPD hat darüber hinaus bisher wenig Anstalten gemacht, solch ein Bündnis anzustreben. Von der FDP und ihrer Spitzenkandidatin, die gerne ein Amt in einem zukünftigen Senat inne hätte, wird diese Option zwar nicht grundsätzlich ausgeschlossen, aber solange sie alles dafür tut, die inhaltlichen Differenzen sowohl zur SPD (mehr Markt und mehr Privatisierung) also auch zu den Grünen (mehr Auto und weniger Fahrrad) herauszustellen, dürften diese beiden Parteien kaum geneigt sein, in der FDP einen ernsthaften Koalitionspartner zu sehen.

Bleibt eine Große Koalition, die immerhin auf 12 Jahre gemeinsamer Arbeit zwischen 1995 und 2007 zurückblicken kann. Wer glaubt, dass eine solche Koalition mit dem „linken“ Spitzenkandidaten der SPD, Carsten Sieling, grundsätzlich nicht möglich ist, sollte sich daran erinnern, dass der frühere „linke“ Spitzenkandidat der SPD, Henning Scherf, schon nach wenigen Monaten Gefallen an dieser Konstellation gefunden hat. Auch inhaltlich-programmatisch liegen die beiden Parteien weniger stark auseinander als es auf dem ersten Blick erscheint. Beide halten am Ausbau des Offshore-Terminals in Bremerhaven fest, beiden bekennen sich zum Industriestandort Bremen, beide wollen auch in bisher geschützten Bereichen mehr bauen und Gewerbeflächen ausweisen sowie die Investitionen in die Bildung erhöhen. Und auch beim Lieblingsstichwort des CDU-Spitzenkandidaten, der Digitalisierung im Bereich Wirtschaft und Verwaltung, begegnen sich beide Parteien. Zweierbündnisse haben darüber hinaus den Vorteil, dass man sich schneller einigen kann, als wenn drei Partner am Verhandlungstisch sitzen. Trotz dieser Vorteile ist eine Große Koalition weniger wahrscheinlich als eine Links-Koalition oder eine Jamaika-Koalition. Sollte die SPD hinter der CDU als zweiter Sieger durchs Ziel gehen, hat sich diese Option von vornherein erledigt. Aber selbst wenn die SPD vor der CDU bleiben sollte, ist vielen in der SPD die Zeit in der Großen Koalition in schlechter Erinnerung. Außerdem hat die Bremer SPD seit dem Ende der Großen Koalition einen deutlichen Linksschwenk vollzogen. An der Basis dürfte eine Große Koalition vor diesem Hintergrund kaum auf Zustimmung stoßen, zumal man im Bund sehen kann, dass der SPD ein solches Bündnis nicht gut bekommt. Carsten Sieling war außerdem einer derjenigen, der aktiv das Ende der Großen Koalition in Bremen mit betrieben hat. Dass er als Spitzenkandidat jetzt umschwenkt, ist mehr als unwahrscheinlich.

Bei allen Argumenten für und wider einer dieser Koalitionsoptionen werden die Parteien auch im Sinne des *Vote-Seeking* im Auge haben, welche Koalitionspräferenzen die Wähler*innen bevorzugen. Bei der Umfrage von infratest dimap im Februar 2019 gaben die Wähler*innen folgende Koalitionspräferenzen zu erkennen:

Tab. 4: Koalitionspräferenzen der Wähler*innen (in Prozenten)



Eigene Darstellung. Quelle: Umfrage von infratest dimap im Auftrag des Weser-Kurier vom 7.2.19

Eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition hätte bei den Befragten die Nase vorn. Dahinter kommt aber bereits die Links-Koalition noch vor einer von der CDU-geführten Großen Koalition. Eine Jamaika-Koalition oder eine Ampel-Koalition liegen dagegen abgeschlagen am Ende. Es wird also bei der Koalitionsbildung nach der Wahl sehr stark darauf ankommen, welche Partei vorne liegt, welche Kompromissbereitschaft die Akteure erkennen lassen und vor allem, wie sich die Grünen entscheiden.

6. Die Parteien: Spitzenkandidat*innen und Wahlkampfstrategien

6.1 Die SPD

Für die SPD geht es darum, ihre bisherige Spitzenstellung im Bremer Parteiensystem unbedingt zu behaupten. Das ist zum ersten Mal keine Selbstverständlichkeit mehr, denn die Umfragen sagen der SPD weitere Verluste seit der letzten Bürgerschaftswahl voraus und signalisieren ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der CDU. Außerdem tritt die SPD mit einem Spitzenkandidaten an, der laut Umfragen bisher nicht an die Popularität und Sympathiewerte seiner Vorgänger anknüpfen kann. Carsten Sieling wurde 2015, nach dem Rücktritt von Jens Böhrnsen, von seiner Partei zum neuen Regierungschef erkoren. Als ehemaliger Landesvorsitzender und als Fraktionsvorsitzender der SPD in der Bremischen Bürgerschaft hatte er vor seiner Zeit als Abgeordneter des Bundestages eine lange Karriere als Bremer Politiker vorzuweisen und war geradezu prädestiniert für dieses Amt. Er ist also ohne Wahl durch die Bremer Bürger*innen in dieses Amt gekommen und muss sich jetzt zum ersten Mal dem Votum der Bremer Wähler*innen stellen. Carsten Sieling ist kein Vertreter der emotionalen und rhetorischen Zuspitzung. Er tritt in der Regel sachlich, gut vorbereitet und – vor allem in Fragen der Wirtschafts-

und Finanzpolitik – kompetent auf. Viele schätzen außerdem seinen offenen, zuhörenden Regierungsstil. Als Regierungschef bleibt er eng der programmatischen Linie seiner Partei verbunden. Das könnte ein Grund dafür sein, dass er es bisher nicht geschafft hat, auch jenseits der Kernwählerschaft seiner eigenen Partei eine Strahlkraft als integrierender „Landesvater“ zu entwickeln. Im Wahlkampf vor der Bürgerschaftswahl hat er aber an Profil hinzugewonnen und zeigt sich angriffslustiger als in der vergangenen vier Jahren. Dabei kam ihm entgegen, dass im Vorfeld der Bürgerschaftswahl zum ersten Mal mehrere direkte Duelle, davon eines im Fernsehen, mit seinem Konkurrenten von der CDU, Carsten Meyer-Heder, ausgetragen wurden. Dort konnte er seinen Vorteil als politisch erfahrener Politiker ausspielen. Als Vertreter der linken Strömung in der SPD setzt er in der Schlussphase des Wahlkampfes vor allem auf soziale Themen. In mehreren Interviews hat er außerdem deutlich gemacht, dass er auch bereit ist, die Partei DIE LINKE in eine Koalition einzubeziehen, wenn es nach der Wahl nicht mehr für ein rot-grünes Bündnis reicht. Absichten, gegebenenfalls auch mit der CDU eine Große Koalition zu bilden, hat er bisher nicht erkennen lassen.

Um erneut als stärkste Partei aus der Wahl hervorzugehen, wirft die SPD alles in die Waagschale, was sie aufzubieten ist. Dazu gehört auch eine Reihe von Wahlgeschenken, die im Vorfeld der Bürgerschaftswahl auf den Weg gebracht wurden. Die Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst für Angestellte wurden vom Senat eins zu eins auf die Bremischen Beamten und Versorgungsempfänger übertragen, für Grundschullehrer*innen ab 2020 eine Aufstockung in die Besoldungsgruppe A 13 beschlossen, für Kita-Mitarbeiter*innen in sogenannten Index-Gebieten (also Gebieten mit schwierigem sozialen Umfeld) eine bessere Entlohnung in Aussicht gestellt und der Landesmindestlohn auf 11,13 Euro aufgestockt. Wahlkampfhilfe gab es auch aus dem Bundesministerium für Familien, Frauen, Senioren und Jugend. SPD-Ministerin Franziska Giffey hat vor kurzem bei einem Besuch in Bremen zusammen mit Bildungs- und Jugendsenatorin Claudia Bogedan sowie Regierungschef Carsten Sieling öffentlichkeitswirksam einen Vertrag unterzeichnet, demzufolge Bremen als erster Bundeslandes 45 Millionen Euro für die Qualitätssicherung seiner Kitas bekommt. Des Weiteren beschloss der Senat angesichts wachsender Schüler*innenzahlen ein Sofortprogramm für den Schulausbau. Kurz vor der Wahl soll auch das neue Klinikum Mitte, dessen Fertigstellung sich nicht nur um Jahre verzögert hat, sondern auch viel teurer als geplant wurde, noch seinen Betrieb aufnehmen. Schließlich produziert die Senatspressestelle in den letzten Wochen eine Mitteilung nach der anderen, in denen es um Erfolgsmeldungen der rot-grünen Senatspolitik geht.

Für die Entwicklung ihres Wahlkampfkonzepts hat sich die Bremer SPD mit Frank Stauss einen Strategen an Bord geholt, der für die SPD schon des Öfteren schwierige Wahlkämpfe gemanagt hat. Schon relativ früh war zu erkennen, mit welcher Strategie die SPD in den Wahlkampf ziehen wird. Als größten Erfolg ihrer Leistungsbilanz der letzten Legislaturperiode stellt sie die Tatsache heraus, dass Bremen ab 2020 im Rahmen des neu gestalteten Bund-Länder-Finanzausgleichs jährlich fast 500 Millionen zugesprochen bekommen hat. Damit, so das Versprechen, können auf sozialem Gebiet die Wunden der Sparpolitik der letzten acht Jahre geheilt werden. Carsten Sieling sprach sogar von einer Zeitenwende, die durch diese Entscheidung eingeleitet werden würde.

Inhaltlich stehen die Themen Bildung, Arbeit, Gesundheit, solidarische Gesellschaft und bezahlbarer Wohnraum im Zentrum des Wahlprogramms und betonen das soziale Profil der Bremer SPD als „Partei für den starken Sozialstaat“. Durch eine Steigerung der Bildungsaus-

gaben, den Ausbau des Ganztagsangebots, ein Kita-Ausbauprogramm und einen beitragsfreien Kita-Besuch ab 2019/2020 will die SPD die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems verbessern und faire Chancen für alle Kinder gewährleisten. Außerdem sollen mehr Lehrer*innen eingestellt und die Schulen nach und nach saniert werden. Das soziale Profil wird durch die Schaffung von jährlich 2.500 dringend benötigten neuen Wohnungen, u.a. auf dem Gelände der Galopprennbahn in der Vahr, noch verstärkt. Außerdem soll das Sozialticket für den ÖPNV auf 25 Euro im Monat gesenkt werden.

Flankiert werden diese Schwerpunkte durch eine Orientierung auf vernachlässigte und durch soziale Probleme gekennzeichnete Stadtteile (Förderung einer „Integrierten Stadtteilentwicklung“) sowie eine Verbesserung der öffentlichen Ordnung und Sauberkeit. In diesem Zusammenhang fordert die Partei eine Aufstockung der Stellen bei der Polizei und überbietet mit der Zielgröße von 2900 Stellen sogar die diesbezügliche Forderung der CDU. SPD-Innensenator Mäurer hat in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass das Thema „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ bei der SPD gut aufgehoben ist und wenig Angriffsflächen für die CDU-Opposition bietet.

Neben der Bildungs- und Sozialpolitik bilden die Bereiche Wirtschaft und Wissenschaft einen wichtigen Teil des Wahlprogramms. Die SPD will Bremen als Standort für E-Mobilität ausbauen, Start-ups fördern sowie Unternehmen bei Digitalisierungsprozessen unterstützen. In der Wirtschaftspolitik setzt sie außerdem nach wie vor auf den Bau des wirtschaftlich umstrittenen Offshore-Terminals in Bremerhaven.

6.2 Die CDU

Für die CDU ist Bremen mit seinen industriellen und großstädtischen Strukturen traditionell ein schwieriges Umfeld. Bis heute ist es ein struktureller Nachteil für die CDU, dass der Anteil der Katholiken, ein wichtiges Wählersegment der CDU, mit ca. 12 Prozent an der Bremer Bevölkerung sehr gering ausfällt und auch Landwirte, ebenfalls eine Kernwählergruppe der CDU, kaum eine Rolle in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Bremer Bevölkerung spielen. Diese Faktoren haben dazu beigetragen, dass es der CDU bisher noch nie gelungen ist, die SPD als stärkste politische Kraft in der Bremischen Bürgerschaft abzulösen. Ihr bestes Wahlergebnis erzielte sie 1999 in der Zeit der Großen Koalition mit 37,1 Prozent. Seitdem hat sie bis 2015 mehr als ein Drittel ihres prozentualen Ergebnisses verloren, will aber bei der Bürgerschaftswahl 2019 die SPD zum ersten Mal als stärkste Kraft ablösen und mit ihrem Spitzenkandidaten, dem Quereinsteiger Carsten Meyer-Heder, den Regierungschef in einer Jamaika-Koalition stellen.

Tatsächlich hat die CDU bei der bevorstehenden Bürgerschaftswahl laut Umfragen eine realistische Chance, die SPD zu überholen. Allerdings bleiben die vorhergesagten 25 bzw. 26 Prozent weit hinter den selbst gesteckten Zielen der Partei zurück. Ihr Spitzenkandidat hat 30 Prozent plus x als Zielmarke ausgegeben – davon ist die Partei weit entfernt. Es ist ihr auch nicht gelungen, eine explizite Wechselstimmung zu erzeugen, obwohl sie gehofft hatte, durch die Nominierung des aus der Wirtschaft kommenden Spitzenkandidaten Carsten Meyer-Heder, der über keine politischen Erfahrungen verfügt, dem Wahlkampf einen Schub zu verleihen. Das offensichtliche Wahlkampf kalkül war, mit einem dynamischen Vertreter eines

erfolgreichen Start-Up-Unternehmens der SPD Konkurrenz zu machen und in neue Wählerkreise vorzustoßen. Zugleich war die Nominierung eines Außenseiters aber auch Ausdruck der internen Blockade innerhalb der Bremer CDU, in der sich seit geraumer Zeit zwei zerstrittene Lager gegenüberstehen, von denen keines in der Lage gewesen wäre, einen direkten Parteikandidaten im Konsens durchzusetzen.

Zu den Problemen der Nominierung von Carsten Meyer-Heder gehört, dass er vielen Bremer Bürger*innen überhaupt nicht bekannt ist. In manchen Detailfragen der Politik zeigt sich im direkten Duell mit seinem Konkurrenten Carsten Sieling zudem seine Unerfahrenheit. Er versucht das dadurch wett zu machen, dass er seine Kompetenzen als erfolgreicher Manager herausstellt, die er jetzt auch zum Wohle Bremens in die Politik einbringen möchte. Außerdem inszeniert er sich als unabhängiger Kandidat, der gerade keine Parteikarriere vorzuweisen hat und darin einen Vorteil sieht. Alex Römer von der Berliner Marketingagentur „Römer Wildberger“, den die CDU für die Gestaltung des Wahlkampfes engagiert hat, will den Kandidaten bewusst als „Menschen mit ... gebrochener Biografie schildern; als jemand, der auch privat durch Höhen und Tiefen gegangen ist“ (Weser-Kurier vom 24.12.2018, S. 11). Das schlägt sich u.a. in den Wahlplakaten nieder, die bewusst locker überkommen sollen, aber auch ein bisschen grenzwertig wirken (Der Bauch muss dem Kopf öfter in den Arsch treten; I have a stream – W-Lan und Tablets in Schulen; Die Abrissbirne) und nicht unbedingt zur hanseatischen Seriosität passen, die traditionell die Bremer Kaufmannschaft auszeichnet. Hinter vorgehaltener Hand mokieren sich manche von deren Vertreter*innen über den flapsigen Wahlkampfstil des Spitzenkandidaten.

Auch im Wahlkampf hat Carsten Meyer-Heder mehrfach seine Selbstständigkeit gegenüber der CDU deutlich gemacht. In seinem Beraterkreis versammelt er hauptsächlich Wirtschaftsvertreter*innen, die keine enge Parteibindung an die CDU aufweisen. Berater*innen aus dem sozialen Bereich sind dort kaum vertreten. Meyer-Heder hat sich auch an der einen oder anderen Stelle von CDU-Positionen abgesetzt – u.a. beim geplanten Bau des Offshore-Terminals in Bremerhaven, für dessen Bau er sich im Unterschied zu seiner Partei eindeutig ausspricht, sowie beim Thema Schuldentilgung. Die CDU hatte zunächst versprochen, die jährlichen Sanierungshilfen in Höhe von 400 Millionen Euro aus dem Bund-Länder-Finanzausgleich ab 2020 ohne Abstriche in die Schuldentilgung zu stecken – dieses Versprechen hat Carsten Meyer-Heder im Wahlkampf kassiert. Inhaltlich setzen er und die CDU im Wahlkampf vor allem auf die Themen Bildung, Digitalisierung und Mobilität. Als erfolgreicher Unternehmer im IT-Bereich kommt dem Spitzenkandidaten vor allem die Schwerpunktbildung im Bereich der Digitalisierung entgegen und findet in der Forderung nach einem eigenen Senatsressort für Digitalisierung seinen Niederschlag. In der Bildung will die CDU zurück zum Abitur nach neun Jahren (G9) und eine Unterrichtsgarantie durch die Einstellung von mehr Lehrer*innen durchsetzen. Der drohende Verkehrsinfarkt in Bremen soll durch mehr Investitionen und einen Ausbau des ÖPNV verhindert werden. Mehr Geld will die CDU außerdem in die Krankenhäuser und in die Gesundheitsversorgung im Land Bremen investieren.

Im Vergleich zwischen Carsten Sieling und Carsten Meyer-Heder bietet sich eine interessante, wengleich seitenverkehrte Parallele an: Während Carsten Sieling als Regierungschef zu eng auf seine eigene Partei ausgerichtet erscheint, ist Carsten Meyer-Heder als sein Herausforderer zu weit weg von seiner Partei. Beides kann ein Nachteil sein: Während im Fall von Carsten

Sieling die Mobilisierung in erster Linie nur das eigene Parteiemfeld erreicht, fehlt im Fall von Carsten Meyer-Heder eher die Anbindung an die Partei, für die er antritt.

6.3 Die Grünen

Die Wahlkampfstrategie der Grünen bewegt sich zwischen den Polen Kontinuität und Neustart. Für den Neustart steht vor allem die Spitzenkandidatin Maike Schäfer, die sich in einem Mitgliederentscheid gegen die amtierende Finanzsenatorin Karoline Linnert durchsetzen konnte. Linnert war 12 Jahre Spitzenkandidatin, aber schon seit den starken Verlusten der Grünen bei der Bürgerschaftswahl 2015 nicht mehr unumstritten. In der grünen Bürgerschaftsfraktion gab es seit längerem Abgeordnete, die ihr eher kritisch gegenüberstanden. Vor allem die starke Orientierung auf die Finanzpolitik, üblicherweise nicht gerade ein Herzensthema der Partei und durch den Sparkurs der vergangenen Jahre auch parteiintern und in der Wählerschaft nicht unumstritten, schwächte zunehmend die Position von Karoline Linnert, wenngleich sie sich in der Öffentlichkeit durch ihre konsequente Sparpolitik einen guten Ruf weit über grüne Kreise hinaus erworben hat. Dass Bremen die Schuldenbremse eingehalten hat und ab 2020 durch den neuen Bund-Länder-Finanzausgleich Sanierungshilfen von fast 500 Millionen Euro bekommt, ist ganz wesentlich auch ihr Verdienst. Auch in der Verwaltungsmodernisierung hat sie aus ihrem Ressort heraus wichtige Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen.

Gleichwohl stieß der Vorstoß des grünen Landesvorstandes, der eine weibliche Trias aus Finanzsenatorin Karoline Linnert, der Fraktionsvorsitzenden Maike Schäfer und der Sozialsenatorin Anja Stahmann an die Spitze der grünen Liste zur Bürgerschaftswahl setzen wollte, auf Widerstand an der Parteibasis und mündete in einem Mitgliederentscheid, bei dem Maike Schäfer gegen Karoline Linnert antrat. Linnert setzte alles auf eine Karte und erklärte, dass sie nur bei einem Sieg bereit sei, bei der nächsten Wahl zu kandidieren. Nach der verlorenen Abstimmung zeigte sie sich als faire Verliererin und machte deutlich, dass sie sich nach der Wahl aus der vordersten Front grüner Politik zurückziehen werde.

Nach dem Sieg von Maike Schäfer hat sich auch die inhaltliche Orientierung des Wahlkampfes der Grünen verändert. Als promovierte Biologin ist Umweltpolitik eines der Markenzeichen der neuen Frontfrau der Grünen. Sie passt mit ihrem persönlichen Profil insofern gut zur Rückbesinnung der Grünen auf ihren ökologischen Markenkern, der sich durch die aktuelle politische Themenagenda (Klimakrise und Artenvielfalt) sowie neue Bewegungen wie *Fridays for Future* im Aufwind befindet. Bundesweit und auch in Bremen schlägt sich dieser Trend in guten Wahlergebnissen (Bayern und Hessen) sowie Umfragedaten nieder, sodass sich die Bremer Grünen nach einem Zwischentief im letzten Jahr inzwischen gute Chancen auf einen stabilen dritten Platz im Bremer Parteiensystem bei der Bürgerschaftswahl 2019 ausrechnen können. Das wäre für die Partei nach 12 Jahren in der Regierung, in der ihr (und ihrem Umwelt-, Bau- und Verkehrssenator) nicht nur vonseiten der CDU und der Handelskammer gerade in der Verkehrspolitik immer wieder der Wind ins Gesicht blies, sondern in der es auch vonseiten diverser Bürgerinitiativen Unmut über die grüne Umweltpolitik gab, ein beachtlicher Erfolg.

Für die SPD ist die neue grüne Spitzenkandidatin nicht gerade die erste Wahl. In ihrer Funktion als Fraktionsvorsitzende hat sie sich durch ihre Kritik am Bremer Personalvertretungsgesetz mit der SPD angelegt, die darauf ziemlich scharf reagiert hat. Auch die Partei DIE LINKE hat

ihre Schwierigkeiten mit den Grünen, denn diese haben in ihrem Wahlprogramm deutlich gemacht, dass sie an der nachhaltigen Finanzpolitik von Karoline Linnert festhalten wollen. Der Schwenk zur Umweltpolitik und zu sozialen Themen soll also mit einem Festhalten an der Politik der vergangenen Jahre kombiniert werden. DIE LINKE hat als Oppositionspartei aus ihrer Ablehnung der Sparpolitik von Karoline Linnert nie einen Hehl gemacht und die Grünen immer wieder dafür attackiert. Vor diesem Hintergrund ist es zu verstehen, dass die Grünen mit keiner klaren Koalitionsaussage in den Wahlkampf gezogen sind. Die Abneigung von Grünen und Linken beruht dabei auf Gegenseitigkeit, dürfte aber letzten Endes kein prinzipielles Hindernis sein, wenn nach der Wahl eine Linkskoalition für alle drei Parteien die besten Erfolgschancen verspricht.

Die ökologische Ausrichtung des grünen Wahlkampfes findet ihren Niederschlag in den Forderungen nach einer Abschaltung der Bremer Kohlekraftwerke, nach einer Begrünung von Dächern, einem wirksameren Schutz von Insekten und einer Renaturierung der Weser. In der Verkehrspolitik treten die Bremer Grünen für einen Ausbau des Fahrradverkehrs, einen attraktiven ÖPNV durch die Einführung eines 365 Euro-Jahrestickets sowie eine autofreie Innenstadt bis 2030 ein. Ergänzt wird der ökologische Schwerpunkt des Programms durch Forderungen in den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Arbeit und Integration. Im Sozial- und Bildungsbereich stehen die Ausweitung des Betreuungsangebots in Kitas, der flächendeckende Ausbau des Ganztagschulausbaus und die Einführung neuer Studiengänge für die Gesundheitsregion Bremen im Zentrum. Zur Armutsbekämpfung wollen die Grünen den Arbeitsmarkt stärker für Migranten und Alleinerziehende öffnen.

6.4 DIE LINKE

DIE LINKE tritt in Bremen als konstruktive und stärker pragmatisch orientierte Oppositionspartei auf als in anderen westdeutschen Bundesländern. Das verdankt sie vor allem ihrer Fraktionsvorsitzenden Kristina Vogt, die seit Jahren daran arbeitet, die Partei parlaments- und regierungsfähig zu machen. Die Bürgerschaftsfraktion besteht aus einer gelungenen Mischung verschiedener Talente, die in der parlamentarischen Arbeit sehr professionell, engagiert und politikfähig auftreten. Das trifft auch auf jüngere Abgeordnete der Fraktion zu, u.a. auf Miriam Strunge oder auf Nelson Janßen, der als Vorsitzender eines Untersuchungsausschusses eine gute Figur gemacht hat. Den guten Ruf, den sich die Partei seit 2011 erworben hat, schlägt sich auch in guten Wahlergebnissen nieder. Bei der Bürgerschaftswahl 2015 hat sie mit 9,5 Prozent bereits ein fast zweistelliges Wahlergebnis erzielt. Dieses Ergebnis konnte sie bei der Bundestagswahl 2017 mit 13,4 Prozent im Land Bremen sogar noch deutlich überbieten und die Grünen überholen. Nach einem Zwischenhoch im letzten Jahr (Umfragen sahen DIE LINKE damals bereits bei 17 Prozent) wird der Partei für die anstehende Bürgerschaftswahl ein zweistelliges Wahlergebnis um die 11 Prozent vorausgesagt.

Auf jeden Fall schließt DIE LINKE unter Führung von Kristina Vogt einen Eintritt in eine rot-grüne-rote Regierung nicht aus, wenngleich sie ein reines rot-rotes Bündnis bevorzugen würde. Die Partei verlangt zwar einen Politikwechsel in Richtung einer sozialeren Politik, dürfte aber – sollte es zu Koalitionsverhandlungen mit ihr kommen – auch zu Kompromissen bereit sein. Allerdings gibt es nach wie vor eine Strömung in der Bremer Parteiorganisation, die einer Regierungsbeteiligung mehr als skeptisch gegenübersteht.

In der Bremischen Bürgerschaft hat DIE LINKE in den vergangenen zwei Legislaturperioden manchmal mit der rot-grünen Koalition gestimmt und manchmal gemeinsam mit der CDU die Koalition attackiert. Mit einer konsequent linken Oppositionshaltung, die vor allem die soziale Spaltung Bremens ins Zentrum rückt und die ihrer Meinung nach „unsoziale“ Sparpolitik des Bremer Senats kritisiert, hat sich die Partei auch Sympathien in Teilen der Bremer Gewerkschaftsbewegung erworben. Unter dem Motto „Wem gehört die Stadt?“ greift sie in ihrem Wahlprogramm die Politik des Bremer Senats an, der ihrer Meinung nach die Stadt den Investoren ausgeliefert hat. Ein Schwerpunkt spielt im Wahlkampf der soziale Wohnungsbau. DIE LINKE kritisiert auf diesem Feld Versäumnisse des rot-grünen Senats und fordert mehr billigen Wohnraum und bezahlbare Mieten. Das will sie durch eine Steigerung des Anteils von Mietwohnungen in städtischer Hand bewerkstelligen. Zugleich sollen bei der Entwicklung der Bremer Innenstadt Teile der Flächen und Gebäude in öffentlicher Hand bleiben. Im Bereich der Mobilität fordert die Partei einen kostenlosen ÖPNV. Ein zentrales Wahlkampfthema ist auch die Bildung. DIE LINKE will eine Steigerung der Kita-Plätze für unter Dreijährige auf 60 Prozent bis zum Jahr 2025 erreichen, einen Rechtsanspruch für Grundschulbetreuung durchsetzen sowie die Zweigliedrigkeit des Bremer Schulsystems abschaffen. Ganztagschulen sollen ausgebaut werden. Weitere Anliegen sind die Erhöhung des Landesmindestlohns auf 12,63 Euro sowie eine ersatzlose Streichung der Schuldenbremse aus der Bremer Landesverfassung. Stattdessen sollen die ab 2020 zur Verfügung stehenden Sanierungshilfen aus dem Bundesländer-Finanzausgleich ohne Abstriche in die Armutsbekämpfung und die soziale Infrastruktur investiert werden. In dieser Frage dürften bei potentiellen Koalitionsverhandlungen mit SPD und Grünen Konflikte vorprogrammiert seien.

6.5 Die FDP

Seit dem Ende der Ampel-Koalition in Bremen (1995) wechseln sich Licht und Schatten bei den Bremer Liberalen ab. Mehrfach verfehlte die Partei in den letzten 20 Jahren den Einzug in die Bürgerschaft. Erst 2015 gelang ihr mit der „frischen“ Spitzenkandidatin Lencke Steiner ein Durchbruch. Damals konnte sie als „unbeschriebenes Blatt“ mit einer „frechen“ und professionellen Marketingstrategie, in deren Mittelpunkt eine auf sie zugeschnittene großflächige Wahlplakatkampagne stand, neue Wähler für die FDP erschließen. Jung, wirtschaftsfreundlich und dynamisch – diese Botschaft ging damals von der Spitzenkandidatin aus. Inzwischen hat sich dieser Nimbus nach vier Jahren in der Bürgerschaft, in der sich Lencke Steiner als Fraktionsvorsitzende nicht gerade ein Fleißkärtchen verdient hat und manches Mal durch Abwesenheit glänzte (wie hinter vorgehaltener Hand auch Parteifreunde sagen), etwas verbraucht, soll aber in der jetzigen Wahlkampagne noch einmal neu aufpoliert werden. Lencke Steiner ist nach wie vor „das Gesicht der Bremer FDP“, wie der Weser-Kurier ein Porträt über sie überschrieb. Insofern knüpft auch die jetzige Wahlkampagne nahtlos an die Vorlage von vor vier Jahren an. Im Straßenbild sieht man überall Plakate, auf denen Lencke Steiner in legerer Pose und mit Fönfrisur für die wirtschafts- und autofreundlichen Parolen der FDP wirbt.

Während sie vor vier Jahren, wie sie freimütig einräumt, „null Ahnung von Politik“ hatte, hat sie inzwischen zwar an politischer Erfahrung deutlich dazugewonnen, plaudert aber hin und wieder immer noch ein bisschen unbedarft drauf los. Das Impulsive und Spontane an ihr ist zwar im Politikbetrieb mit seinen oft starren Sprachregelungen durchaus sympathisch, aber nicht

immer sehr reflektiert. Das leichtfertige Geprotze mit ihrem BMW 650i Cabrio, der 450 PS „Bums“ auf die Straße bringt, und angeblich die „migrantischen Jungs“ in Gröpelingen beeindruckt, hat ihr jedenfalls viel Spott und Hohn eingebracht. Schwerwiegender dürfte jedoch sein, dass sie mit solchen Bildern den Eindruck von einer FDP, der vor allem die Besitzer von SUVs am Herzen liegen, bestärkt. Außerdem ist das Herauskehren der „Autostadt Bremen“, in der Radfahrer, Fußgänger und der ÖPNV nur am Rande vorkommen, nicht gerade als Einladung an die Grünen zu verstehen, mit denen die FDP und ihre Spitzenkandidatin gerne eine Jamaika-Koalition bilden wollen. Auf jeden Fall hält sich Lencke Steiner für Höheres als nur für ein banales Abgeordnetendasein in der Bremischen Bürgerschaft berufen. Nachdem ihre Kandidatur für ein Bundestagsmandat 2017 gescheitert ist, strebt sie nun in Bremen zu höheren Ehren, nämlich in ein Senatorinnen-Amt. Sollte es nicht zu der favorisierten Jamaika-Koalition kommen, kann sie sich auch eine Ampel-Koalition mit SPD und Grünen vorstellen. Von einem zweistelligen Wahlergebnis, das die FDP anstrebt, ist sie in den Umfragen weit entfernt. Sie stagniert vielmehr auf dem Niveau der letzten Wahl.

In ihrem Wahlprogramm wird die FDP ihrem Ruf als auto- und wirtschaftsfreundliche Partei gerecht. Sie fordert ein „ideologiefreies Verkehrskonzept“ anstelle einer „Autoverhinderungspolitik“ (Weser-Kurier vom 14. Februar 2019, S. 11) und bezeichnet sich nach Aussagen ihres Parteivorsitzenden selbst als „Partei der Autofahrer“ (Weser-Kurier vom 7. März 2019, S. 7). Die Partei will mehr Gewerbeflächen ausweisen, Bürokratieabbau betreiben und in den Flughäfen investieren. In der Bildungspolitik setzt sie sich für eine Unterrichtsgarantie durch die Einstellung von mehr Lehrer*innen ein. Außerdem will sie im Sinne des Leistungsprinzips wieder das Sitzenbleiben und Schulnoten ab der dritten Klasse einführen. Im Gegensatz zur CDU lehnt sie ein eigenes Ressort für Digitalisierung ab, sondern versteht Digitalisierung als Querschnittsaufgabe über alle Ressorts hinweg. Stattdessen tritt sie – um auch etwas ökologischen Spirit erkennen zu lassen – für die Schaffung eines Nachhaltigkeitsressorts ein. Dieses soll allerdings im Gegensatz zum bisherigen Ressortzuschnitt nur noch für Umwelt zuständig sein, während die politischen Schwergewichte Bau und Verkehr an das Wirtschaftsressort gekoppelt werden sollen – also genau an das Ressort, welches die FDP in einer Koalition beanspruchen würde. Es bleibt das Geheimnis der FDP, warum die Grünen, denen fast dreimal so viele Stimmen wie der FDP vorhergesagt werden, unter solchen Umständen an einer Jamaika-Koalition interessiert sein sollen.

6.6 Die AfD

Im Unterschied zu 2015, bei der die AfD eher mit bürgerlich-rechtskonservativen Kandidaten zur Bürgerschaftswahl antrat, ist die jetzige Liste Ausweis der Rechtsentwicklung der AfD auch in Bremen. An ihrer Spitze steht der AfD-Bundestagsabgeordnete Frank Magnitz, der gleichzeitig Landesvorsitzender ist und die Partei in Bremen zusammen mit Thomas Jürgewitz führt. Magnitz und Jürgewitz unterhalten enge Kontakte zum rechtsextremen Flügel in der AfD und zeigen sich gerne mit Björn Höcke. Magnitz ist in vielerlei Hinsicht eine schillernde Figur. Er war ursprünglich mal in der linksextremen DKP tätig, ist mit einer türkischen Frau verheiratet und führt die AfD, wie Insider aus der Partei sagen, wie einen Familienbetrieb. Seine Tochter, die sich in der Jugendorganisation der AfD engagiert hat, wurde auf sein Betreiben in den Landesvorstand kooptiert und auf den aussichtsreichen Platz fünf der Bürgerschaftsliste gewählt.

Der Bremer Landesverband der Jungen Alternative wird aufgrund enger Beziehungen ihrer führenden Vertreter zur Identitären Bewegung vom Bremer Verfassungsschutz beobachtet. Die Forderung aus den Reihen der AfD, den Jugendverband in Bremen aufzulösen, hat sich dieser widersetzt. Ihr ehemaliger Landesvorsitzender Robert Teske mischt weiter bei der AfD in Bremen mit. Innerparteiliche Demokratie scheint im Bremer Landesverband der AfD ein Fremdwort zu sein. Als der frühere Radio Bremen Journalist Hinrich Lührssen versuchte, Spitzenkandidat der AfD in Bremen zu werden, zog Frank Magnitz alle Register, um das zu verhindern und sich selbst zum Spitzenkandidaten wählen zu lassen. Nicht erst seit der Wahl der Bürgerschaftsliste, die unter Aufschluss der Öffentlichkeit stattfand, brodelt es in der Bremer AfD. Mitglieder berichten von Unregelmäßigkeiten bei der Wahl. Gegen mehrere Mitglieder, u.a. gegen den einzigen derzeitigen Vertreter der AfD in der Bremischen Bürgerschaft, Alexander Tassis, laufen mehrere Ausschlussverfahren. Er und andere sollen nach Aussage der Betroffenen „kalt“ gestellt werden. Auch Austritte sind in der Folge des autoritären Führungsstils von Frank Magnitz zu verzeichnen.

Trotz dieser Turbulenzen, die die Politikfähigkeit der Bremer AfD in Frage stellen, werden der Partei in den jüngsten Umfragen zwischen 7 und 9 Prozent vorhergesagt. Sie setzt auf die mobilisierende Wirkung fremden- und islamfeindlicher Parolen, mit denen sie auch bei anderen Wahlen erfolgreich war. Gleichzeitig greift sie die Vertreter*innen aller anderen Parteien an, denen die AfD durch die Bank Ignoranz und Versagen vorwirft. Die AfD malt ein düsteres Bild von den Zuständen in Bremen: Flüchtlinge nehmen den Bürger*innen den dringend benötigten Wohnraum weg, Kriminelle können ungehindert ihren Machenschaften nachgehen und Rot-Grün hat Bremen in den Ruin gewirtschaftet. Deren Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Verkehrs- und Integrationspolitik sei eine Katastrophe.

Das Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl ist durchzogen von den Themen Zuwanderung und Kriminalitätsbekämpfung. Die AfD fordert einen Flüchtlingsstopp für Bremen und Bremerhaven und will durch ständige Kontrollen an den deutschen Außengrenzen die weitere „illegale Zuwanderung“ verhindern. Familienzusammenführung soll in den Heimatländern, aber nicht in Deutschland stattfinden. Der Islam gehört nach Meinung der AfD nicht zu Bremen, seine Ausbreitung „gefährde den inneren Frieden“. Im Bereich der inneren Sicherheit will die AfD „verdachtsunabhängige Kontrollen“ zur Bekämpfung der „Ausländerkriminalität“ einführen. In der Bildungspolitik tritt sie für ein mehrgliedriges Bildungssystem sowie die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums und eine durchgängige Benotung von Schülern ein. Inklusion lehnt die AfD weitestgehend ab und fordert stattdessen spezielle Förderklassen. Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Höflichkeit, Fleiß und Ordnung sollen wieder ein zentrales erzieherisches Anliegen sein. Im Bereich der Wirtschaftspolitik befürwortet die AfD die Vertiefung der Weser, ist aber gegen den Bau des Offshore-Terminals in Bremerhaven. Dieselfahrverbote in Bremen lehnt die AfD grundsätzlich ab.

6.7 Bürger in Wut (BIW)

Der Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) mit ihrem Vorsitzenden Jan Timke ist es seit 2007 gelungen, sich im Wahlbereich Bremerhaven einen festen Platz im Parteiensystem zu erobern. In der laufenden Legislaturperiode konnte BIW zwei Abgeordnete aus der auseinanderfallenden Gruppe der AfD abwerben und sich als eigene Gruppe in der Bürgerschaft konstituieren.

Die Liste von BIW zur Bürgerschaftswahl führt der ehemalige Radio Bremen Redakteur Hinrich Lührssen an, der zunächst versucht hatte, Spitzenkandidat der AfD zu werden. Nicht nur diese Tatsache macht die Konkurrenz, aber auch die Nähe von AfD und BIW im rechten Lager deutlich. Auch inhaltlich gibt es zahlreiche Überschneidungen, wenngleich sich BIW als seriösere politische Alternative zur AfD zu profilieren versucht und immer wieder ihre Abgrenzung gegenüber rechtsextremen Kräften betont. In den letzten Monaten ist es BIW gelungen, durch erfolgreiche Klagen vor dem Staatsgerichtshof gegen die Informationspolitik des Senats bei parlamentarischen Anfragen auf sich aufmerksam zu machen.

Mit ihrem inhaltlichen Schwerpunkt, der Kriminalitätsbekämpfung, gibt sich die Wählervereinigung seit Jahren das Image als „sicherheitspolitischer Anwalt“ der Bürger*innen. Sie will den Kampf gegen ethnische Clans verstärken und fordert eine deutliche Aufstockung der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei. Außerdem soll in Wohngebieten mit hoher Straßen- und Drogenkriminalität die dauerhafte Präsenz uniformierter Polizeikräfte sichergestellt werden. Des Weiteren tritt die Wählervereinigung in ihrem Wahlprogramm für eine Ausweitung der Videoüberwachung sowie eine konsequente Sanktionierung von Straftätern durch die Justiz ein. Mithilfe einer „freiwilligen Sicherheitswacht“ von „geeigneten Bürgern“ sollen zudem Täter abgeschreckt und Verbrechen verhindert werden. Im Bereich der Ausländerpolitik setzt sich die BIW für die konsequente Abschiebung ausreisepflichtiger Ausländer*innen ein.

Geht man von den Umfragen aus, dürfte BIW im Wahlbereich Bremen – trotz ihres neuen Spitzenkandidaten – kaum über die Fünfprozenthürde kommen. Wie bei den vergangenen Bürgerschaftswahlen ist es aber wahrscheinlich, dass dies der Wählervereinigung erneut in Bremerhaven gelingt. Dann würde Jan Timke zum vierten Mal hintereinander als Abgeordneter in die Bürgerschaft einziehen.

6.8 Sonstige Parteien

Zur Bürgerschaftswahl tritt eine Reihe von Kleinstparteien wie die Humanisten, die Piraten, die RECHTE, Bündnis Grundeinkommen, die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative oder die Partei für Veränderung, Vegetarier und Veganer an. Keine von ihnen hat Aussichten, in die nächste Bürgerschaft einzuziehen. Eine gewisse Aufmerksamkeit haben nur die Freien Wähler auf sich gezogen, die nach ihrem Erfolg bei der bayerischen Landtagswahl als ernstzunehmende politische Kraft gelten können. In Bremen treten sie mit Olaf Dinné, einem Bremer Politikveteranen aus urgrünen Zeiten, als Spitzenkandidat an. Sie verstehen sich als Vertreter lokaler Bürgerinitiativen, denen vor allem die Bau- und Umweltpolitik des grünen Umweltsenators ein Dorn im Auge ist. Die Vorstellungen der Freien Wähler zur Bürgerschaftswahl decken sich einerseits mit Positionen der Linkspartei, z.B. wenn sie behaupten, dass Investoren sich der Stadt bemächtigt haben oder wenn sie einen kostenlosen ÖPNV fordern, andererseits decken sie sich mit Positionen der FDP (wenn sie wie diese eine „ideologiefreie Verkehrspolitik“ fordern) oder der AfD in Fragen der Inneren Sicherheit. Einige der Vorstellungen klingen geradezu abenteuerlich, etwa wenn der Spitzenkandidat den Bremer Rembertikreisel (eine zentrale Verkehrsachse) mit einer „Art Kappe überbauen“ will, um daraus eine Art „Cinque Terre“ zu machen. Mit solchen Überlegungen dürften es die Freien Wähler schwer haben, auch nur in die Nähe der Fünfprozenthürde zu kommen.